



# **GEMEINSAM ZUKUNFT MACHEN.**

*24. Ordentliche Landesbezirkskonferenz NRW | 2./3. Juni 2023 | Neuss*

# **Anträge**

## **Block A: Regenbogen der Vielfalt**

- A 1 Wir treten ein gegen Rechtspopulismus und die AFD
- A 2 Wir treten ein für Gleichstellung
- A 3 Wir treten ein für Integration und Austausch
- A 4 Wir treten ein für Antirassismus und Antifaschismus
- A 5 Wir treten ein für Frieden
- A 6 Wir treten ein für Solidarität
- A 7 Wir treten ein für Umwelt
- A 8 Wir treten ein für Bildung
- A 9 Wir treten ein für Demokratie und Teilhabe
- A 10 Wir treten ein für Menschenrechte

## **Block B: Wir in NRW**

- B 1 NEW.S als Projekt stärken
- B 2 Azubi-Offensive „Vertrauenskörper“
- B 3 Vernetzungstreffen „Jung trifft Alt“
- B 4 Qualifizierungen für Betriebsräte und JAV'en zum Thema Nachhaltigkeit

## **Block C: Tarif- und Betriebspolitik**

- C 1 Aufklärung zum Mitgliedervorteil in Tarifverträgen und damit in Tarifabschlüssen
- C 2 Möglichkeit zur schnellen Weiterbildung
- C 3 Arbeitssicherheit stärken - Mehr Schutz für unsere Kolleg\*innen

## **Block D: Gesellschaft und Politik**

- D 1 Mindest-Kurzarbeitergeld einführen
- D 2 Ausbildungsgarantie
- D 3 Abschaffung des Merit-Order-Prinzips bei der Ermittlung des Strompreises – Strom muss langfristig für alle bezahlbar bleiben

## **Block E: NGG Zukunft machen**

- E 1 Leistungskatalog unserer NGG prüfen
- E 2 Tarifpolitische Empfehlungen als Paket
- E 3 Sozialwahlen in den Fokus! Für die Mitbestimmung in den Sozialversicherungen

**A1      Wir treten ein gegen  
Rechtspopulismus und die AfD**

Annahme

**Antragsteller:** *Delegiertenkonferenz Region Köln*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Wir fordern unsere NGG auf, sich auch weiterhin  
4 gegen Rechtspopulismus zu engagieren. Konkret  
5 fordern wir einen Ausbau der Bildungsangebote  
6 (sowohl digital als auch in Präsenz) gegen  
7 Rechtspopulismus und seine Rhetorik sowie  
8 Argumente.

9 Ferner wollen wir uns verstärkt in den Betrieben gegen  
10 Rechtspopulismus und rechtspopulistische  
11 Argumente einsetzen. Dazu sollen unsere haupt- und  
12 ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen aufgerufen  
13 werden, bei Kenntnis von solchen Aussagen und  
14 Argumenten gezielt zu intervenieren und mithilfe der  
15 betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten  
16 Maßnahmen durchzuführen.

17 Außerdem sollen die Bemühungen gegen die  
18 Umtriebe der Alternative für Deutschland (AfD)  
19 intensiviert werden, sowohl innerhalb unserer NGG als  
20 auch auf Landes- und Bundesebene über den DGB.

21 Wir dürfen keine aktiven Mitglieder, vor allem  
22 Funktions- und Mandatsträger, die sich gegen  
23 Menschenrechte, die demokratische Ordnung und  
24 unsere gewerkschaftliche Solidarität aussprechen, in  
25 unseren gewerkschaftseigenen Gremien dulden.  
26 Darum wird der Hauptvorstand aufgefordert, Mittel  
27 und Wege zu erarbeiten, dass dieses Gedankengut in  
28 unserer NGG keinen Platz findet.

**29 Begründung:**

30 Die Kolleg\*innen der Delegiertenkonferenz im Früh-  
31 jahr 2023 sind davon überzeugt, dass es ebenso wich-  
32 tig ist sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie  
33 mit dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Ge-  
34 schehen.

35 In unserer Konferenz haben wir uns insbesondere  
36 dem Thema Engagement gegen Rechtspopulismus  
37 gewidmet.

38 Rechtspopulismus ist ein Problem, welches viele un-  
39 serer Mitglieder und uns als Gewerkschaft betrifft. Die  
40 Zuspitzung von rechten und rechtsextremen Gedan-  
41 ken in populistische Forderungen teilt die Gesell-  
42 schaft, verhindert kollektive Organisation.

43 Unsere Forderungen senden wir konkret an den Lan-  
44 des- und Hauptvorstand. Das Thema ist eine zentrale  
45 Aufgabe unserer NGG, bewusst beauftragen wir die  
46 Gremien unserer NGG damit. Es liegt in der Pflicht un-  
47 serer Organisation sich dem Thema Engagement ge-  
48 gen Rechtspopulismus zu widmen. Dieses Thema  
49 muss Priorität haben.

50 Rechtspopulismus, Parteien wie die AfD und ähnliche  
51 Gruppierungen, spalten unsere Gesellschaft. Durch

52 ihre bewusste Ausgrenzung von Teilen unserer Gesell-  
53 schaft, werden die Werte der Bundesrepublik und un-  
54 serer Gesellschaft verletzt. Wir stehen für ein solidari-  
55 sches Miteinander ungeachtet der Herkunft und des  
56 Geschlechts.

57 Das Prinzip Gewerkschaft hat seit jeher nur durch So-  
58 lidaritat und dem Miteinander der Arbeitnehmerinnen  
59 und Arbeitnehmer funktioniert. Wir werden dieses his-  
60 torische Vermächtnis auf-recht und stolz weiterführen.

61 Neben den billigen Angriffen auf Gefluchttete und alle,  
62 die in den Augen der AfD nicht „Deutsch genug“ sind,  
63 bedient sich der Rechtspopulismus an Vorurteilen  
64 undverstarkt diese maßgeblich. Zudem sind die An-  
65 griffe auf Arbeitssuchende und Sozialleistungsbezie-  
66 hende Angriffe auf uns alle. Sie dienen als Ablenkung  
67 und versuchen eine gemeinsame Positionierung und  
68 kollektive Organisierung der Lohn- und Leistungsab-  
69 hängigen in dieser Gesellschaft zu verhindern. Die  
70 Kämpfe die wir führen gelten einer gerechten Vertei-  
71 lung und einer gerechten Gesellschaft. Wir bekamp-  
72 fen uns nicht untereinander!

73 In Köln unterstützen wir seit langem lokale Bündnisse,  
74 z. B. „Kein Veedel für Rassismus“, „Arsch huh, Zang  
75 ussenander“ (für nicht-Kolner\*innen: Hintern hoch  
76 und Zähne auseinander) oder „Köln stellt sich quer“  
77 über den DGB. Diese bauen wirksam Widerstand ge-  
78 gen AfD und andere Rechtspopulisten auf und führen  
79 zu mehr Solidarität, zu mehr Austausch untereinan-  
80 der.

81 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
82 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
83 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
84 Gastronomie in Deutschland und daruber hinaus stark  
85 machen.

86 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
87 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
88 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
89 Rechtspopulismus /AFD.

90

**A2 Wir treten ein für Gleichstellung**

Annahme mit Änderungen

**Antragsteller:** Delegiertenkonferenz Region  
Münsterland

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Wir fordern, dass die NGG sich für das Thema  
4 Gleichstellung stark macht, indem sie sich durch eine  
5 Kombination aus dem Ausbau von  
6 Bildungsangeboten und einer gezielten Förderung  
7 des Themas auf betrieblicher Ebene stark macht.

8 Die Bildungsangebote sollen Aufklärung zu dem  
9 Thema fördern und den Angriffen auf geschlechtliche  
10 Vielfalt durch populistische Kräfte entgegenwirken.

11 §75 Abs. 1 BetrVG benennt klare Grundsätze für die  
12 Gleichbehandlung der Beschäftigten in einem  
13 Betrieb. Wir wollen das als Dreh- und Angelpunkt für  
14 die Konzeption einer betrieblichen Strategie nutzen.  
15 Wir wollen mit unseren Betriebsratsgremien  
16 gemeinsam eine Strategie entwickeln, um divers  
17 geschlechtliche Menschen noch besser in den  
18 Betrieb zu integrieren.

19 Der NGG Hauptvorstand legt jährlich einen  
20 finanziellen Rahmen (z.B. von maximal 5000 €) fest,  
21 der von den NGG Regionen für regionale  
22 Veranstaltungen genutzt werden kann. Die Regionen  
23 müssen sich um Gelder aus diesem Topf bewerben.  
24 Die Gelder können dann genutzt werden um regionale  
25 Veranstaltungen besonders zu stärken.

26 Wir beantragen die Schulungsinhalte des BZOs  
27 dahingehend zu prüfen, ob dieser Paragraph und  
28 dessen Anwendung in den Schulungen für  
29 Betriebsratsmitglieder ausreichend behandelt wird.  
30 Sollte dies nicht der Fall sein, ~~nehmen~~ wir  
31 [Gespräche auf](#), [ob](#) die Schulungen um diese Inhalte  
32 zu ergänzen [sind](#).

**Begründung:**

34 Die Kolleg\*innen der Delegiertenkonferenz im März  
35 2023 sind davon überzeugt, dass es ebenso wichtig  
36 ist, sich mit unseren Grundwerten zu befassen wie mit  
37 dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Gesche-  
38 hen.

39 In unserer Konferenz haben wir uns insbesondere  
40 dem Thema Gleichstellung gewidmet.

41 Am Rande der Demonstration zum Christopher-  
42 Street-Day in Münster kam es in diesem Jahr zum Tod  
43 eines Transmannes. Er wurde aus queerfeindlichen  
44 Motiven angegriffen und erlag seinen Verletzungen.  
45 Die tragische Folge dieses Angriffes reiht sich ein in  
46 eine Serie von Übergriffen auf Menschen, die sich in  
47 ihrer Sexualität und ihrem Geschlecht entfalten. Die  
48 Angriffe reichen von verbalen Beschimpfungen bis hin  
49 zu Toten.

50 Allein schon die historische Tradition des Christopher  
51 Street Days zeigt uns die Parallelen zu unserer eige-  
52 nen Gewerkschaftsgeschichte. Die auch „Stonewall  
53 Riots“ genannten Proteste waren das Ergebnis von  
54 massiver Polizeigewalt und von jahrelanger Polizeire-  
55 pression. Den Einsatz für ihre Rechte büßten die Men-  
56 schen mit schweren Verletzungen und Anfeindungen.  
57 Der Rechtsfortschritt und die gesellschaftliche Aner-  
58 kennung mussten mit Blut und Toten erkämpft wer-  
59 den. Auch wir als Gewerkschaft mussten unsere Stel-  
60 lung gegen große Widerstände erkämpfen. Das Los  
61 emanzipativer Bewegungen, die Gesellschaft ändern  
62 wollen, ist hart. Daher sind wir es mindestens unserer  
63 eigenen Geschichte schuldig, unsere schwer er-  
64 kämpfte Position zu nutzen und unseren Brüdern und  
65 Schwestern im Geiste in ihren Kämpfen zu helfen und  
66 sie zu unterstützen.

67 Nicht zuletzt zeigt uns auch die Geschichte des Nati-  
68 onalsozialismus, dass Vielfältigkeit, dass individuelle  
69 Entfaltungsrechte, immer auch ein Pfeiler gegen fa-  
70 schistische Gleichschaltung sind. Aus unserer antifa-  
71 schistischen Tradition heraus müssen wir diese Über-  
72 zeugungen verteidigen.

73 Die Angriffe gegen queere Menschen fangen häufig  
74 mit verbalen Auslassungen an. Sie wurzeln in Angrif-  
75 fen von reaktionären politischen Kräften, die ihre po-  
76 pulistische Rhetorik nutzen, um ihren Kampf gegen  
77 Minderheitenrechte als Kampf gegen „Perversion“ zu  
78 münzen. Das sind billige Ablenkmanöver, denen wir  
79 uns erwehren müssen.

80 Durch eine Förderung der Bildungsangebote zu dem  
81 Thema schaffen wir Aufklärung. Wir schaffen das rhe-  
82 torische Rüstzeug für unsere Mitglieder, den verbalen  
83 Angriffen entgegenzuwirken und schon hier Abhilfe zu  
84 leisten.

85 Doch auch die Arbeit auf betrieblicher Ebene ist ele-  
86 mentar. Queere Menschen erleben in ihrem Arbeits-  
87 umfeld verbale Anfeindungen, Schikane und Mob-  
88 bing. Wir müssen hier gezielt intervenieren.

89 Der §75 BetrVG bietet uns ein Tor zur Bearbeitung des  
90 Themas. Es ist die Aufgabe eines Betriebsrates „[...]“  
91 zu wachen, dass alle im Betrieb tätigen Personen  
92 nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit be-  
93 handelt werden, insbesondere, dass jede Benachteili-  
94 gung von Personen aus Gründen ihrer Rasse oder we-  
95 gen ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Abstammung o-  
96 der sonstigen Herkunft, ihrer Nationalität, ihrer Reli-  
97 gion oder Weltanschauung, ihrer Behinderung, ihres  
98 Alters, ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Betä-  
99 tigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts  
100 oder ihrer sexuellen Identität unterbleibt.“

101 Gemeinsam mit unseren Betriebsratsmitgliedern müs-  
102 sen wir betriebliche Strategien zur Bearbeitung dieses  
103 Themas entwickeln. Unsere Hauptverwaltung soll uns  
104 durch das Sammeln von Best-Practice-Beispielen und  
105 dem Erstellen von Ideen und Aktionsbeispielen dabei  
106 unterstützen.

107 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
108 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
109 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
110 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
111 machen.

112 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
113 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
114 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
115 Rechtspopulismus /AFD.

116

**A3 Wir treten ein für Integration und Austausch**

Annahme

**Antragsteller:** *Regionsvorstand Nordrhein*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Wir fordern, dass die NGG sich für die Themen  
4 Integration und Austausch stark macht, indem sie  
5 Bildungsangebote auf der Landes- und Bundesebene  
6 zu eben diesen Themen schafft. Diese  
7 Bildungsangebote sollen gemeinsam mit Menschen  
8 mit Migrationshintergrund gestaltet und entwickelt  
9 werden und die Migrationsgeschichte in Deutschland  
10 und Identitätsfragen erkunden und Platz für einen  
11 lebhaften Austausch bieten. Die Unternehmen und  
12 Betriebe stehen in der klaren Verantwortung  
13 Bildungsangebote auf betrieblicher Ebene anzubieten  
14 (Deutschsprachkurse), ggf. über externe Anbieter.  
15 Diese sollen zur Integration beitragen und Räume für  
16 interkulturellen Austausch im Betrieb schaffen,  
17 beispielsweise durch ein Austausch Café.

18 Der DGB und NGG setzen sich seit langem für die  
19 Rechte von Migrant\*innen ein und schützen diese.  
20 Wir fordern unsere Vertreter\*innen bei NGG und dem  
21 DGB auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, sofern  
22 nicht geschehen, dahingehend zu ergänzen, dass  
23 nicht nur die Arbeitskraft gesehen wird, sondern auch  
24 der sozial familiäre Hintergrund und die persönliche  
25 Entwicklung ganzheitlich betrachtet wird. Es darf  
26 keine Schlechterstellung der Arbeitsmigrant\*innen  
27 erfolgen.

28 Der Paragraph 75 Abs. 1 BetrVG benennt klare  
29 Grundsätze für die Gleichbehandlung der  
30 Beschäftigten in einem Betrieb. Folglich wird  
31 beantragt die Schulungsinhalte des BZOs  
32 dahingehend zu prüfen, ob dieser Paragraph und  
33 dessen Anwendung in den Schulungen für Betriebs-  
34 ratsmitglieder ausreichend behandelt wird. Sollte dies  
35 nicht der Fall sein, fordern wir die Schulungen um  
36 diese Inhalte zu ergänzen.

**37 Begründung:**

38 Die Kolleg\*innen des Vorstandes der Region Nord-  
39 rhein sind davon überzeugt, dass es ebenso wichtig ist  
40 sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie mit  
41 dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Gesche-  
42 hen.

43 Als starker und wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur  
44 ist es unsere Pflicht, ein wachendes Auge auf die  
45 Rechte und die Behandlung von Menschen zu haben  
46 und ihnen solidarisch beizustehen.

47 Daher haben wir uns in unserer Regionsvorstandssit-  
48 zung insbesondere den Themen Migration und Diver-  
49 sität gewidmet.

50 Im Zuge der, in den 1960er Jahre unterzeichneten,  
51 Anwerbeabkommen kamen in den folgenden Jahren  
52 und Jahrzehnten mehrere Millionen Migrant\*innen



53 aus der Türkei, Griechenland, Italien und vielen ande-  
54 ren Ländern nach Deutschland, um hier zu arbeiten.  
55 Viele haben ihre Familien nachgeholt und sind geblie-  
56 ben. Vor allem hier in unserer Region Nordrhein sind  
57 viele Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer  
58 Kultur fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Begeg-  
59 nungen haben häufig in den Betriebssportgruppen  
60 stattgefunden.

61 Als Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-  
62 Gaststätten, wissen wir um den Wert des kulturellen  
63 Austauschs. Wir sind der Meinung, man sollte nicht  
64 über Migrant\*innen sprechen, sondern mit ihnen.  
65 Durch einen lebhaften Austausch auf Augenhöhe  
66 können wir vieles voneinander lernen und unsere Ge-  
67 sellschaft bereichern.

68 Auch Deutschsprachkurse für Kolleg\*innen, sind  
69 überaus förderlich für die Integration und Verständi-  
70 gung. Gute Sprachkenntnisse sind die Grundlage für  
71 eine gute Integration. Unterhaltungen zwischen den  
72 Mitarbeiter\*innen vor, während oder nach der Arbeit  
73 fördern sowohl den interkulturellen Austausch als  
74 auch die Sprachkenntnisse umso besser.

75 Gerade junge Menschen sind häufig zwischen zwei  
76 Identitäten gefangen, einer deutschen und einer ver-  
77 bunden mit ihrer Herkunft. Für sie ist es schwierig zwi-  
78 schen diesen beiden Identitäten zu navigieren und  
79 den persönlich besten Weg zu finden. Deshalb ist es  
80 wichtig Bildungsangebote gemeinsam mit Menschen  
81 mit Migrationshintergrund zu entwickeln, aber auch  
82 sichere Räume für einen lebhaften Austausch zu  
83 schaffen.

84 1965 schrieb der Schweizer Schriftsteller Max Frisch:  
85 „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.“  
86 In der aktuellen Debatte um Fachkräftemangel und  
87 Zuwanderung, dürfen wir nicht vergessen, dass es  
88 sich immer noch um Menschen, mit Bedürfnissen,  
89 Träumen und Emotionen handelt. Menschen mit Mig-  
90 rationshintergrund sind in Deutschland leider immer  
91 noch Diskriminierung und Stigmata ausgesetzt und  
92 daher besonders schützenswert. Es ist unsere Verant-  
93 wortung ihnen eine Stimme zu geben und für ihr Wohl  
94 einzustehen.

95 Außerdem ist im Betriebsverfassungsgesetz § 75 (1)  
96 festgelegt, dass der Betriebsrat darüber zu wachen  
97 hat: „[...]“, dass jede Benachteiligung von Personen  
98 aus Gründen ihrer Rasse oder wegen ihrer ethnischen  
99 Herkunft, ihrer Abstammung oder sonstigen Herkunft,  
100 ihrer Nationalität, ihrer Religion oder Weltanschauung  
101 [...] unterbleibt.“ Über unsere Satzung hinaus ist der  
102 Schutz von Migrant\*innen am Arbeitsplatz unsere  
103 Pflicht. Deshalb gilt es unsere Mitglieder für mögliche  
104 Verletzungen des § 75 (1) zu sensibilisieren und sie  
105 im Gebrauch ihres Beschwerderechts (§§ 84,85) zu  
106 unterstützen. Ihre Rechte zu kennen, ist der erste  
107 Schritt, um diese überhaupt wahrnehmen zu können.  
108 Deshalb sollte die Unterrichtung über §§§ 75 (1), 84  
109 und 85 und deren Anwendung ein fester Bestandteil  
110 der Schulungen für Betriebsratsmitglieder sein.

---

**Antragstext****Empfehlung ABK****Beschluss LBK**

---

111 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
112 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
113 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
114 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
115 machen.

116 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
117 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
118 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
119 Rechtspopulismus/AFD.  
120

**A4 Wir treten ein für Antirassismus und Antifaschismus**

Annahme

**Antragsteller:** *Regionsvorstand Dortmund*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Wir fordern, dass sich unsere Gewerkschaft NGG mit  
4 all ihren Gliederungen weiterhin vehement dafür stark  
5 macht, dass allen Menschen in diesem Land,  
6 insbesondere in den Betrieben, unabhängig von  
7 Herkunft und Abstammung, die gleichen Rechte und  
8 Möglichkeiten gewährt werden. Wir stehen für eine  
9 menschenfreundliche, offene, tolerante und  
10 integrierende Gesellschaft, unabhängig von Herkunft  
11 und Abstammung die Menschen in diesem Land sind.

12 Unsere NGG soll sich daher auch weiterhin in allen  
13 demokratischen Bündnissen (wie z.B. regionale  
14 Bündnisse gegen Rechts) aktiv engagieren, die sich  
15 gegen rechtspopulistische, rechtsextreme oder  
16 faschistische Strömungen in der Gesellschaft richten.

17 Unsere NGG soll daher auch weiterhin mit allen ihren  
18 Gliederungen aktiv demokratische Strukturen und  
19 Organisationen unterstützen, die sich für ein  
20 friedliches, respektvolles Miteinander aller Menschen  
21 in den Betrieben einsetzen, wie etwa den Verein  
22 „Gelbe Hand - Mach meinen Kumpel nicht an!“.

23 Unsere NGG soll weiterhin Infomaterial und  
24 Streuartikel mit deutlichen Positionen gegen rechte,  
25 rassistische Positionen und Parteien entwickeln.

**Begründung:**

27 Die Kolleg\*innen der Region Dortmund sind davon  
28 überzeugt, dass es ebenso wichtig ist, sich mit den  
29 Grundwerten unserer NGG zu befassen, wie mit dem  
30 aktuellen tarif- und betriebspolitischen Geschehen.

31 In unserem Vorstand haben wir uns daher insbeson-  
32 dere dem Thema Antirassismus/Antifaschis-  
33 mus/Rechtspopulismus gewidmet.

34 Dortmund war über viele Jahre hinweg eine Hochburg  
35 rassistischer und neofaschistischer Strömungen. Es  
36 gibt hier mehrere Häuser, die nur von Neonazis be-  
37 wohnt werden. Unter Ihnen der Bundesvorsitzende  
38 der ultrarechten Partei „Die Rechte“. Auch „SS-Siggi“,  
39 ein über die Stadtgrenzen hinaus bekannter Neonazi,  
40 hat hier gelebt und agiert. Neben regelmäßigen Auf-  
41 märschen mit Teilnehmern aus dem gesamten Bun-  
42 desgebiet und aus dem Ausland, auf denen die Neo-  
43 nazis ihr menschenverachtenden Gedankengut publik  
44 machten und machen, agierten die Ultrarechten öf-  
45 fentlichkeitswirksam als „Borussenfront“ im Westfa-  
46 lenstadion. Zahlreiche Vertreter\*innen einer men-  
47 schenfreundlichen Politik wurden von den Nazis be-  
48 droht, eingeschüchtert und auch aus der Stadt vertrie-  
49 ben. Sogar vor Morden schrecken diese Neo-Nazis  
50 nicht zurück: So wurde im Jahr 2005 der Punker  
51 Thomas Schulz von einem Neo-Nazi erstochen. Auch  
52 der Mord eines kurdischen Kioskbesitzers im Jahr

53 2006 durch den NSU wird – ohne abschließende Auf-  
54 klärung des Komplexes – mit der Dortmunder Neo-  
55 Nazi-Szene in Verbindung gebracht.

56 Einem breiten bürgerlichen Bündnis und entschiede-  
57 nem Engagement ist es zu verdanken, dass der Ein-  
58 fluss der Neo-Nazis auf die Stadtgesellschaft seit eini-  
59 gen Jahren rückläufig ist. Verschiedene demokrati-  
60 sche Initiativen unter Federführung des DGB und der  
61 Einzelgewerkschaften haben durch unermüdlichen  
62 Einsatz in Form von Gegendemos, Mahnwachen und  
63 Aufklärung in Schulen und Betrieben den Einfluss der  
64 Ultrarechten zurückgedrängt: Die Borussenfront ist  
65 aus dem Stadion gewichen, einige führende Köpfe ha-  
66 ben die Stadt inzwischen verlassen. Der Kampf gegen  
67 die menschenverachtende Gesinnung dieser Rassis-  
68 ten ist noch nicht beendet und muss fortgeführt wer-  
69 den. Erste Erfolge sind jedoch bereits heute sichtbar.

70 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
71 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
72 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
73 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
74 machen.

75 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
76 Gleichstellung, Demokratie, Religionsfreiheit, Antiras-  
77 sismus, Solidarität, Umweltschutz, Migration, Bildung  
78 und gegen Rechtspopulismus/AFD.  
79

**A5 Wir treten ein für Frieden**

Annahme

**Antragsteller:** *Regionsvorstand Aachen*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Bomben und Raketen unterscheiden nicht zwischen  
4 Soldaten und Zivilisten oder Kasernen und  
5 Wohnsiedlungen. Der Zivilbevölkerung in Kriegs- und  
6 Krisengebieten bleibt häufig nur die Flucht als  
7 einziges Mittel, um Leib und Leben zu schützen. Für  
8 zahlreiche Geflüchtete ist die Flucht mit  
9 traumatisierenden Erlebnissen und Gefahren  
10 verbunden und endete für viele gar mit dem Tod.

11 Deshalb fordern wir die NGG auf, sich für sichere  
12 Fluchtwege und gegen die Abschottungspolitik an den  
13 EU-Außengrenzen einzusetzen. Zudem soll die NGG  
14 sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotret-  
15 tung stark machen und sich darüber hinaus öffentlich  
16 für staatliche Seenotrettungsmissionen aussprechen.

17 Dazu wird der NGG Hauptvorstand aufgefordert, diese  
18 Ziele an den DGB weiterzuleiten, mit dem Auftrag  
19 diese Forderungen in der Politik der Bundesrepublik  
20 Deutschland zu vertreten und durchzusetzen sowie  
21 an den Europäischen Gewerkschaftsbund zu geben,  
22 um die o.g. Forderungen auf EU-Ebene  
23 durchzusetzen.

**24 Begründung:**

25 Die Kolleg\*innen der Delegiertenkonferenz im Früh-  
26 jahr 2023 sind davon überzeugt, dass es ebenso wich-  
27 tig ist sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie  
28 mit dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Ge-  
29 schehen.

30 Nicht nur aus aktuellem Anlass, dem Angriffskrieg in  
31 der Ukraine, den Spannungen im Balkanraum, den  
32 kriegerischen Konflikten Syrien – Irak – Jemen, haben  
33 wir uns in unserer Konferenz insbesondere dem  
34 Thema Frieden gewidmet.

35 Die Region Aachen, kennt aufgrund ihrer langen und  
36 belebten Geschichte die Schrecken des Krieges nur  
37 zu gut. Zuletzt regneten während des zweiten Welt-  
38 krieges Bomben und Artilleriegranaten auf Aachen  
39 nieder. In den Straßen der Stadt und im nicht weit ent-  
40 fernten Hürtgenwald, lieferten sich deutsche und  
41 amerikanische Soldaten blutige Gefechte. Als erste  
42 deutsche Großstadt, die an die Alliierten fallen sollte,  
43 spielte Aachen im zweiten Weltkrieg eine besondere  
44 Rolle, für das Propagandaministerium. Die Stadt, in  
45 der zum Zeitpunkt der Kämpfe nur noch rund 20.000  
46 der einst 160.000 Einwohner lebten, sollte „bis zum  
47 letzten Mann“ gehalten werden, ohne Rücksicht für  
48 das Leben der Zivilist\*innen. Denn dieser Haltebefehl  
49 hat das Leid, der in Aachen lebenden Zivilbevölkerung  
50 nur sinnlos in die Länge gezogen, da die Einnahme  
51 der Stadt militärisch völlig unbedeutend war.

52 Als symbolträchtige Stadt mit einer langen und beson-  
53 deren Geschichte, und als Austräger des Aachener

54 Friedenspreises hat Aachen sich geradezu für dieses  
55 bewegende Thema angeboten.

56 Die Gewerkschaft NGG tritt für die Verwirklichung und  
57 Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der  
58 Völkerverständigung ein. Sie ist damit Teil der Frie-  
59 densbewegung und macht sich für eine aktive und  
60 nachhaltige Friedenspolitik stark. Die NGG setzt sich  
61 für ein Leben in Frieden, Demokratie, Freiheit, Men-  
62 schenwürde und sozialer Sicherheit ein und unter-  
63 stützt diese Ziele weltweit. Kriege und Bürgerkriege  
64 schaffen unendliches Leid und vernichten Menschen-  
65 würde und den sozialen Zusammenhalt.

66 Dank unserer Geschichte wissen wir um den Wert des  
67 Friedens und machen es zu unserer Aufgabe den  
68 Frieden zu wahren, zu schützen und zu festigen. Krieg  
69 zu verhindern und militärische Auseinandersetzungen  
70 zu vermeiden zählen zu unseren obersten Zielen.  
71 Doch gegen die Diktatoren und Kriegstreiber, die ihre  
72 Weltmachtfantasien ohne Rücksicht auf Zivilisten und  
73 den Weltfrieden vorantreiben wollen, sind unsere Mit-  
74 tel des Widerstands begrenzt.

75 Deshalb sehen wir uns in der Pflicht denjenigen zu  
76 helfen, die direkt vom Krieg betroffen sind, den Men-  
77 schen in den Kriegsgebieten. Die Flucht ist oft das ein-  
78 zige Mittel, um Krieg, Tod und Zerstörung zu entge-  
79 hen. Als sei der Krieg nicht schon Horror genug, ist die  
80 Flucht meist ebenfalls mit teilweise traumatisierenden  
81 Strapazen und Gefahren verbunden und kann sogar  
82 mit dem Tod enden. Laut der Internationalen Organi-  
83 sation für Migration (IOM) sind seit 2014 über 50.000  
84 Menschen auf der Flucht verstorben.

85 Vor allem die Abschottungspolitik der EU verschärft  
86 dieses Problem. Grenzpolizist\*innen auf der berüch-  
87 tigten Balkanroute reagieren zum Teil mit massiver  
88 Gewalt und Ablehnung gegen Geflüchtete. Die Flucht  
89 über das Mittelmeer hingegen, endet für viele tödlich,  
90 weil die italienische und maltesische Küstenwache  
91 bzw. Marine wegschaut und Menschen in Seenot ih-  
92 rem Schicksal überlässt. Man lässt Menschen lieber  
93 ertrinken, anstatt sie an Bord zu nehmen und ans eu-  
94 ropäische Festland zu bringen. Die mutigen Retter\*in-  
95 nen der zivilen Seenotrettung, die es sich zur Aufgabe  
96 gemacht haben, diese Menschen vor dem sicheren  
97 Tod zu retten, riskieren hohe Gefängnisstrafen oder  
98 gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei  
99 bzw. Küstenwache. Gerade Kinder, davon manche  
100 unbegleitet, leiden besonders unter den Erlebnissen,  
101 die mit der Flucht nach Deutschland oder andere EU-  
102 Länder einhergehen.

103 So kann es nicht weitergehen. Für uns ist klar, wer  
104 sich der Wahrung des Friedens verpflichtet, muss  
105 auch die Menschen schützen die vor Krieg und Gewalt  
106 fliehen. Deshalb fordern wir die NGG auf sich für eine  
107 Abkehr von dieser menschenverachtenden Abschot-  
108 tungspolitik einzusetzen. Es müssen sichere Flucht-  
109 wege und sichere Häfen für Geflüchtete geschaffen  
110 werden. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung  
111 muss ein Ende habe. Stattdessen müssen die europä-  
112 ischen Staaten selbst im Mittelmeer tätig werden und

113 staatliche Seenotrettungsmissionen starten. Die zivilen  
114 Seenotretter\*innen, die herausragen-de Arbeit leisten,  
115 haben nur begrenzte Ressourcen und können nur so  
116 viel tun. Es ist Zeit, dass wir, gemeinsam mit unseren  
117 europäischen Partnern stark machen für sichere  
118 Fluchtwege, frei von Gewalt, Schikane und Ableh-  
119 nung. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf Leben  
120 und Frieden.

121 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
122 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
123 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
124 Gastronomie in Deutsch-land und darüber hinaus  
125 stark machen.

126 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
127 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
128 Umweltschutz, Menschenrechte, Migration, Bildung  
129 und gegen Rechtspopulismus /AFD.  
130

**A6 Wir treten ein für Solidarität****Annahme**

**Antragsteller:** *Mitgliederversammlung  
Region Ruhrgebiet*

- 1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:
- 3 Wir fordern den Landes- und Hauptvorstand auf, die  
4 Solidarität in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen  
5 und dieses Grundverständnis wieder stärker zu  
6 besetzen.
- 7 Gemeinsam mit dem DGB sollen solidarische Formeln  
8 (Ziele) gefunden werden. Durch die gemeinsame  
9 klare Zieldefinition fordern wir alle Menschen in  
10 Deutschland auf, gemeinsam mit uns für unsere Ziele  
11 zu kämpfen und dies öffentlich zu demonstrieren.  
12 Solidarität wird dann spürbar, wenn wir gemeinsam,  
13 sichtbar, mit hunderttausenden dies unterstreichen.  
14 Die NGG macht sich auf allen Ebenen dafür stark,  
15 dass Solidarität nicht nur vor dem Werkstor, sondern  
16 auch deutschlandweit gelebt wird.
- 17 Wir setzen uns auf allen Ebenen innerhalb des DGBs  
18 dafür ein, dass es in Zukunft langfristig und gut  
19 geplante breit aufgestellte zentrale Kundengebungen an  
20 einem zentralen Ort in Deutschland gibt.
- 21 Mit Solidarität schaffen wir Selbstvertrauen und  
22 Stärke: Im Kleinen, in der tariflichen  
23 Auseinandersetzung vorm Tor, wie auch im Großen in  
24 Deutschland sowie im Internationalen  
25 Gewerkschaftsbund in Europa und weltweit.
- 26 Ein weiterer Schritt ist unsere Forderung vom  
27 Deutschen Gewerkschaftsbund an den Europäischen  
28 Gewerkschaftsbund weiterzuleiten, um unsere Ziele  
29 so auf die internationale Ebene zu heben und  
30 europaweite Aktionstage zu organisieren.
- 31 **Begründung:**
- 32 Die Kolleg\*innen der Mitgliederversammlung im Früh-  
33 jahr 2023 sind davon überzeugt, dass es ebenso wich-  
34 tig ist sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie  
35 mit dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Ge-  
36 schehen.
- 37 In unserer Konferenz haben wir uns insbesondere  
38 dem Thema Solidarität gewidmet.
- 39 Erlebte und gelebte Solidarität ist dann da, wenn Du  
40 selbst betroffen bist oder den Betroffenen Deine Soli-  
41 darität aussprichst.
- 42 Solidarität liegt uns Ruhrgebietler\*innen im Blut. Als  
43 symbolisches und geschichtsträchtiges Mahn- und  
44 Gedenkmal ist hier die Brücke der Solidarität zu nen-  
45 nen, das Bindeglied in NRW zwischen dem Ruhrge-  
46 biet und dem Rheinland. Die A40 ist eine der wich-  
47 tigsten Hauptverkehrsadern im Pott. 1987 erlangte  
48 Rheinhausen durch den Widerstand gegen Pläne zur  
49 Schließung des Krupp-Stahlwerks bundesweite Auf-  
50 merksamkeit. Am 10. Dezember 1987 besetzten  
51 Krupp-Arbeiter die Rheinbrücke, um gegen die



52 Schließung zu protestieren. Während des ganzen Win-  
53 ters gab es örtliche Demonstrationen gegen das Vor-  
54 haben. Außer der Rheinbrücke wurde auch eine Auf-  
55 fahrt auf die Bundesautobahn 40 vorübergehend blo-  
56 ckiert und die symbolträchtige Villa Hügel der Krupp-  
57 Stiftung in Essen besetzt. Monatelange Mahnwachen  
58 begleiteten die Auseinandersetzungen. Rheinhausen  
59 wurde zu einem Symbol des Widerstands gegen die  
60 Stahlkrise. Die Rheinbrücke wurde am 20. Januar  
61 1988 von den Arbeitnehmern in Brücke der Solidarität  
62 umbenannt. An diesem Tag zogen 50.000 Stahlko-  
63 cher aus über 60 deutschen Hüttenwerken zur Brü-  
64 cke. Jugendvertreter der Krupp-Lehrwerkstatt hatten  
65 das neue Namensschild gefertigt. Später wurde dieser  
66 Name von der Stadt Duisburg offiziell übernommen.

67 Auch heute zählt das solidarische Miteinander in  
68 einer der Metropolregionen des industriellen Wan-  
69 dels. Ob beim ersten Mai, auf Kundgebungen oder bei  
70 betrieblichen Aktionen immer dann, wenn Menschen  
71 sich mit einem Ziel zusammenschließen entsteht ein  
72 unschlagbarer Zusammenhalt – wir kämpfen solida-  
73 risch Seite an Seite. Dieser Zusammenhalt muss ge-  
74 fördert werden. Wir müssen uns und die vielen ande-  
75 ren Menschen wieder mobilisieren und in Aktion brin-  
76 gen. Wir müssen sie bewegen gemeinsam für eine  
77 bessere Arbeitswelt und gute Lebensbedingungen zu  
78 kämpfen.

79 Solidarität, das Zusammengehörigkeitsgefühl, dem  
80 Eintreten füreinander und für die gemeinsamen Ziele.

81 Alle Funktionär\*innen sollten sich auf allen Ebenen  
82 wieder dafür stark machen gemeinsam Flagge zu zei-  
83 gen. Unsere letzte zentrale bundesweite Demo war  
84 Mitte Ende der 2000er Jahre danach folgten unter gro-  
85 ßen Bündnissen eher dezentrale auf 3-5 Städte ver-  
86 teilte Aktionen. Doch jede/r, der eine bundesweite  
87 Demo mitgemacht hat, die die an der Friedensdemo  
88 in Bonn teilgenommen haben, die die bei der letzten  
89 großen Globalisierungsdemo der DGB Jugend in Köln  
90 teilgenommen haben, wissen, dass das Gemein-  
91 schaftsgefühl mit der Anreise beginnt. Die Aktivitäten  
92 über das breite Bündnis von UNTEILBAR sind ganz  
93 sicher auch ein gutes Beispiel, wo Solidarität erlebbar  
94 gemacht wurde. Das Treffen auf Rasthöfen und oder  
95 Bahnhöfen von Kolleg\*innen, die das gleiche Ziel ha-  
96 ben. Das bleibt in den Köpfen der Menschen und das  
97 bringt uns zusammen. Die er-wähnten zentralen Groß-  
98 veranstaltungen hatten einen langen Planungsvorlauf  
99 und waren langfristig angesetzt. Den Mut haben und  
100 Aufzustehen (im Übrigen das Motto der letzten Groß-  
101 veranstaltung) für unsere Themen, für Frieden, gegen  
102 Hass und Gewalt, für eine starke Demokratie. Das  
103 muss wieder in die Köpfe der Menschen. Wir haben  
104 das Recht und die Freiheit zu demonstrieren, drum  
105 lasst uns wieder gemein-sam auf die Straße gehen für  
106 eine bessere Welt, für einen Sozialstaat und für Refor-  
107 men für Arbeitnehmende.

108 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
109 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
110 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der

111 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
112 machen.  
113 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
114 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
115 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
116 Rechtspopulismus /AFD.  
117

**A7 Wir treten ein für Umwelt**

Annahme mit Änderungen

**Antragsteller:** Delegiertenkonferenz Region  
Ostwestfalen-Lippe

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Wie wir im letzten Jahr gesehen haben, sind gerade  
4 unsere Industriebetriebe in der Lebensmittelbranche  
5 auf Energie angewiesen, ob es jetzt Gas oder andere  
6 fossilen Brennstoffe sind. Gleichzeitig haben wir aber  
7 auch gesehen, dass unsere Betriebe ein großes  
8 Einsparpotenzial haben. Wir alle zusammen haben  
9 eine Verantwortung gegenüber den Ressourcen auf  
10 dieser Erde. Deswegen müssen wir auch dafür Sorge  
11 tragen, dass unsere Betriebe ressourcenschonend  
12 und energieeffizient aufgestellt sind.

13 Wir fordern deshalb, dass der Hauptvorstand und  
14 ~~unsere-uns~~ nahestehende Vertreter\*innen in Berlin  
15 sich für das Thema Umwelt stark machen.  
16 Darüberhinaus mögen sie ~~und~~ sich dafür einsetzen,  
17 dass die Bundespolitik eine Verordnung über eine  
18 Energieeinsparbeurteilung, in Anlehnung an ISO  
19 50001 Energiemanagement ähnlich der einer  
20 Gefährdungsbeurteilung, erlässt. Darin sollen  
21 Betriebe ab 100 Beschäftigten verpflichtet sein, alle  
22 fünf Jahre eine Beurteilung darüber abzugeben,  
23 inwieweit Potenzial besteht, Energieressourcen, ob  
24 Strom oder fossile Brennstoffe, einzusparen. Dazu soll  
25 ein Plan erstellt werden, welche Maßnahmen in den  
26 nächsten fünf Jahren diesbezüglich unternommen  
27 werden. Mögliche Investitionen, um Energie  
28 einzusparen, sollen von der Bundesregierung  
29 subventioniert werden. Zusätzlich muss ein Resümee  
30 gezogen werden, was in den letzten fünf Jahren  
31 erreicht wurde. Sollten die geplanten Maßnahmen  
32 nicht umgesetzt oder gar keine Beurteilung erstellt  
33 worden sein, müssen bei wiederholtem Male  
34 Bußgelder verhängt werden.

35 Zusätzlich halten wir die NGG an, sich Unterstützung  
36 beim DGB zu holen.

**Begründung:**

38 Die Kolleg\*innen der Delegiertenkonferenz im Früh-  
39 jahr 2023 sind davon überzeugt, dass es ebenso wich-  
40 tig ist, sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie  
41 mit dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Ge-  
42 schehen.

43 In unserer Konferenz haben wir uns insbesondere  
44 dem Thema Umwelt gewidmet.

45 Wir in der Region Ostwestfalen-Lippe, treten ein für ei-  
46 nen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ener-  
47 gieressourcen in der Industrie.

48 Das Thema Umwelt ist ein sehr breites Feld. Deswe-  
49 gen wollten wir uns auf einen begrenzten Bereich kon-  
50 zentrieren und entschieden uns für das aktuelle  
51 Thema der Energie.

52 Gerade unsere Region hat mit Dr. Oetker, Tönnies und  
53 Storck sowohl große als auch sehr energieintensive  
54 Betriebe der Lebensmittelindustrie. Das Thema Ener-  
55 gie hat uns alle im letzten Jahr beschäftigt. Es hat uns  
56 gezeigt, in welcher Abhängigkeit wir uns, aber auch  
57 die Industrien sich befinden. Gleichzeitig konnten wir  
58 auch feststellen, wie viel Energie wir einsparen kön-  
59 nen.

60 Die Regierung appelliert mit Werbespots an die Bür-  
61 gerinnen und Bürger, auf ihren Energieverbrauch zu  
62 achten. Damit wird den Bürger\*innen genauso viel  
63 Verantwortung bei der Energiekrise zugetragen wie  
64 der Industrie. Die Bundesregierung hat zwar neben  
65 der Aufforderung an die Industrie, Energie einzuspa-  
66 ren, ebenfalls Energiesparmaßnahmen beschlossen,  
67 diese sind aber nur temporär und gelten bislang  
68 bis zum 15. April 2023.

69 Wenn man bedenkt, dass die Industrie und große Ge-  
70 werbebetriebe den größten Anteil haben am Strom-  
71 und Gasverbrauch, sind solche Maßnahmen viel zu  
72 wenig.

73 Deutschland darf sich gleichzeitig nicht in weitere Ab-  
74 hängigkeitsverhältnisse bringen. Ebenso dürfen keine  
75 Gesetze gelockert werden, die für den Schutz der Um-  
76 welt einstehen. Wie wir schon mit unserem Beitritt in  
77 das „Bündnis zum Schutz des Wassers“ 2014 deut-  
78 lich gemacht haben, ist Fracking keine Alternative.

79 Die Bundesregierung hat in ihrem Maßnahmenpaket  
80 zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung  
81 erkannt, dass eine Option der schnellere Ausbau er-  
82 neuerbarer Energien ist. Ein Vorhaben, das die NGG  
83 schon 2013 mit einem Antrag zur „Energiepolitik im  
84 Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“  
85 unterstützt.

86 Wir sind zusätzlich der Meinung, dass die Regierung  
87 darauf hinwirken muss, dass die Industrie und das  
88 Gewerbe energieeffizient und ressourcenschonend  
89 agieren muss. Dazu soll die Bundesregierung, wie  
90 schon oben beschrieben, eine Energieeinsparbeurtei-  
91 lung einführen. Die Industrie soll bewusst in ihr Un-  
92 ternehmen investieren, um Energie einzusparen und  
93 energieeffizienter zu werden. Investitionen, die schon  
94 vor Jahren hätten gemacht werden können. Investiti-  
95 onen, von denen nicht nur die Umwelt profitiert, son-  
96 dern das Unternehmen selbst auch. Die Investitions-  
97 bereitschaft darf nicht weiter schrumpfen, um den  
98 Profit zu steigern. Die Unternehmen müssen in die  
99 Pflicht und die Verantwortung genommen werden.

100 Auch die Regierung profitiert von so einer Beurteilung.  
101 So trägt eine größere Energieeffizienz auch zum Ein-  
102 sparen von CO<sup>2</sup> bei. Dies könnte ein weiterer kleiner  
103 Schritt sein, um unsere Klimaziele doch noch zu errei-  
104 chen.

105 Wir in der Region Ostwestfalen-Lippe fordern die Ener-  
106 gieeinsparbeurteilung, um die Industrie in die Pflicht  
107 zu nehmen, mit unseren Ressourcen und unserer  
108 Umwelt verantwortungsvoll umzugehen.

---

**Antragstext****Empfehlung ABK****Beschluss LBK**

---

109 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
110 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
111 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
112 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
113 machen.

114 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
115 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
116 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
117 Rechtspopulismus /AFD.  
118

**A8 Wir treten ein für Bildung**

Annahme mit Änderungen

**Antragsteller:** *Regionsvorstand Krefeld-Neuss*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Der Vorleser ist das Symbol unserer NGG.  
4 Selbstverantwortliches Lernen war einer der  
5 Grundbausteine unserer Geschichte. Wir wollen  
6 dieser Tradition treu bleiben.

7 Unsere NGG soll sich auf allen Ebenen für einen  
8 Ausbau von selbstverantwortlichem Lernen stark  
9 machen. Dazu gehören konkret das Schaffen von  
10 Räumen zum Austausch, zur Vernetzung und zum  
11 Selbststudium unserer Mitglieder und der aktiven  
12 Unterstützung solcher Formate.

13 Dazu fordern wir jährlich Aktionen zum Vorlesetag am  
14 17. November im gesamten Bundesgebiet.

15 Unser Landesbezirk NRW und die Hauptverwaltung  
16 sollen jährlich ein gemeinsames Thema aufbereiten,  
17 zum Beispiel Verteilungsgerechtigkeit,  
18 Wirtschaftssystem oder Frieden.

19 Beide Ebenen sollen im Austausch jährlich passendes  
20 Material, ~~\_\_\_\_\_~~ **Kampagnenvorlagen** und  
21 Musteranschreiben den Regionen rechtzeitig  
22 (Oktober) zur Verfügung zu stellen. Ebenso soll in der  
23 Hauptverwaltung kleine Berichte der Aktionen  
24 gesammelt werden und für die kommenden Jahre  
25 „Best-Practice“ Beispiele zu erarbeiten und so  
26 Anregungen zu geben.

**27 Begründung:**

28 Der Regionsvorstand Krefeld Neuss ist davon über-  
29 zeugt, dass es ebenso wichtig ist sich mit unseren  
30 Grundwerten zu befassen, wie mit dem aktuellen tarif-  
31 , gesellschaftspolitischen- und betriebspolitischen  
32 Geschehen.

33 In unserer Konferenz haben wir uns insbesondere  
34 dem Thema Selbststudium gewidmet.

35 Unsere Forderungen senden wir konkret an den Lan-  
36 des- und Hauptvorstand. Das Thema politisches  
37 Selbststudium ist eine zentrale Aufgabe unserer NGG.  
38 Bewusst beauftragen wir die Gremien unserer NGG  
39 damit. Es liegt in der Pflicht unserer Organisation sich  
40 selbstverantwortlichem Lernen zu widmen. Dieses  
41 Thema darf nicht ausgegliedert werden.

42 Der Vorleser ist nicht umsonst das Symbol unserer Or-  
43 ganisation. Unsere Kolleg\*innen die unter schwersten  
44 Bedingungen im 19ten Jahrhundert in der Zigarrenin-  
45 dustrie gearbeitet haben, bezahlten von ihrem spärli-  
46 chen Lohn gemeinsam Vorleser. Diese haben zur Ab-  
47 lenkung und zur Unterhaltung vorgelesen, vor allem  
48 auch politische Texte wurden vorgelesen und haben  
49 damit einen Grundpfeiler zur organisierten Arbeiterbe-  
50 wegung gelegt.

51 Wir wollen dieser Tradition treu bleiben und sie in Stü-  
52 cken wiederaufleben lassen. Wir wollen, wenn auch  
53 nur symbolisch, den Vorleser Realität werden lassen.  
54 Einen aktiven Bezug zu unserer Geschichte herstellen  
55 und unseren Kolleg\*innen ein Stück weit Bewusstsein  
56 für unsere Geschichte mitgeben.

57 Doch Selbststudium ist nicht nur ein reiner Selbst-  
58 zweck, es dient der Politisierung und der Demokrati-  
59 sierung. Durch sie schaffen wir es aktuelle Krisen und  
60 Probleme in einen Rahmen zu setzen, sie zu interpre-  
61 tieren, Fakten und Interpretation zu trennen. Exemp-  
62 larisch sei hier das Märchen von der Lohn-Preis-Spi-  
63 rale genannt, ein Kampfbegriff der neoliberalen Pro-  
64 paganda, es wird suggeriert die Lohnforderungen un-  
65 serer Kolleg\*innen seien der Motor und der Auslöser  
66 der Inflation, sie seien überzogen. Doch dabei bleibt  
67 häufig unerwähnt, dass sich viele Unter-nehmen die  
68 Taschen voll machen und die Preiserhöhungen nicht  
69 nur an die Konsumierenden weitergeben, sondern  
70 noch einen Batzen für sich draufschlagen. Hier muss  
71 interveniert werden. Diese Kultur des eigenverantwor-  
72 tlichen Lernens ist kein Selbstläufer, sondern muss ak-  
73 tiv gefördert werden und wer, wenn nicht wir können  
74 das am besten Anstoßen?

75 Ebenso sollen die Regionen bei Möglichkeit Kontakt  
76 zu allgemeinbildenden Schulen aufnehmen und auch  
77 hier Aktionen durchzuführen. Das Wissen über Ge-  
78 werkschaften, über den Interessensgegensatz zwi-  
79 schen Kapital und Arbeit sind Themen die an unseren  
80 Schulen zu kurz kommen. Der Vorlesetag ist ein guter  
81 Aufhänger um hier aufzuholen und das Lernen über  
82 Gewerkschaften, über Solidarität wieder an die Schu-  
83 len zu bringen.

84 Einen Anstoß hierzu können Aktionen am symboli-  
85 schen Vorlesetag sein. Wenn wir in den Kantinen, in  
86 den Betrieben und/oder in unseren Büros kurze Vor-  
87 leseaktionen starten, so kann dies eine wichtige Anre-  
88 gung sein. Ferner ist es unsere ureigenste Aufgabe  
89 unseren Mitglieder Räume und Material für ihre  
90 Selbstbildung zur Ver-fügung zu stellen und hierfür  
91 auch Impulse zu geben und zu unterstützen.

92 Selbststudium und der Bezug zur Geschichte sind in  
93 unserer Region Krefeld-Neuss von besonderer Bedeu-  
94 tung. Mit dem Einzug der Fabrikproduktionen in  
95 Deutschland, wurde die Seidenweber Heimarbeit in  
96 größeren Produktions-hallen zentralisiert. Die Bedin-  
97 gungen der Seidenweberindustrie waren hart und der  
98 Lohn war gering, 1828 formierte sich Widerstand ge-  
99 gen die Fabrikbesitzer, die Kolleg\*innen forderten  
100 15% mehr Lohn und schlossen sich hierzu zusam-  
101 men. Karl Marx bezeichnete den Aufstand der Seiden-  
102 weber als den ersten Arbeiteraufstand in Deutschland  
103 und bezeichnet ihn als die Geburtsstunde der Arbei-  
104 terbewegung.

105 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
106 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
107 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
108 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
109 machen.

---

**Antragstext****Empfehlung ABK****Beschluss LBK**

---

110 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
111 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
112 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
113 Rechtspopulismus /AFD.  
114



**A9 Wir treten ein für Demokratie und Teilhabe**

Annahme

**Antragsteller:** *Mitgliederversammlung  
Region Düsseldorf-Wuppertal*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag und den DGB  
3 Bezirksvorstand NRW beschließen:

4 Wir fordern, dass sich die NGG weiterhin für  
5 Demokratie und Mitbestimmung auf allen Ebenen  
6 stark macht. Die politische Bildung ist ein essentieller  
7 Bestandteil einer starken und wehrhaften Demokratie.  
8 Dieses Bewusstsein muss durch dementsprechende  
9 Bildungsangebote gefördert werden. Daher fordern  
10 wir die NGG auf, solche Bildungsangebote zu schaffen  
11 und demokratische Grundwerte und ein gefestigtes  
12 Demokratieverständnis zu ihrem Schwerpunkt zu  
13 machen.

14 Insbesondere die betriebliche Mitbestimmung muss  
15 ein Kernthema der NGG bleiben. Wir fordern, dass  
16 sich die NGG für eine Stärkung und Ausweitung des  
17 Betriebsverfassungsgesetzes einsetzt und das The-  
18 ma zentral in den Vordergrund stellt.

19 Wir fordern den Landesvorstand gemeinsam mit dem  
20 DGB NRW und dessen Bezirksvorstand auf, sich  
21 besonders für Rechte der politischen Partizipation,  
22 d.h. der Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und  
23 Pressefreiheit, einzusetzen. Deshalb fordern wir eine  
24 klare Positionierung zum im Dezember 2021  
25 verabschiedeten Versammlungsgesetz in NRW.  
26 Zudem fordern wir unserer NGG auf, sich entschieden  
27 gegen weitere Einschnitte der politischen  
28 Mitbestimmung zu wehren und sich darüber hinaus  
29 für politische Partizipationsformen, einschließlich dem  
30 Protest, einzusetzen.

**31 Begründung:**

32 Wir sind davon überzeugt, dass es ebenso wichtig ist,  
33 sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie mit  
34 dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Gesche-  
35 hen.

36 Unsere Forderungen senden wir konkret an den Lan-  
37 des- und Hauptvorstand. Das Thema politische Bil-  
38 dung ist eine zentrale Aufgabe unserer NGG-Gremien.  
39 Es liegt in der Pflicht unserer Organisation, sich der  
40 politischen Bildungsarbeit zu widmen. Dieses Thema  
41 darf nicht ausgegliedert werden.

42 Die Ausweitung der Mitbestimmung im Betrieb ist seit  
43 mehr als 150 Jahren mit das wichtigste Kernanliegen  
44 der Arbeiter\*innenbewegung. Die Arbeitszeit ist für  
45 unsere Kolleg\*innen ein sehr großer Teil ihrer Lebens-  
46 zeit, umso wichtiger, dass dies kein demokratiefreier  
47 Raum ist, in dem die Arbeitgeber nach Gutsherrenma-  
48 nier frei bestimmen können. Nein - echte Mitbestim-  
49 mung und echte Demokratie muss am Arbeitsplatz  
50 und somit im Betrieb beginnen. Dabei gilt es, die be-  
51 reits großartigen Erfolge der Arbeiter\*innenbewegung

52 zu schützen, gegen Angriffe der Arbeitgeber zu vertei-  
53 digen und auszubauen. Die Arbeitslandschaft und die  
54 Probleme der lohnabhängig Beschäftigten haben sich  
55 seit der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes  
56 (BetrVG) grundlegend verändert. Ebenso muss sich  
57 die Mitsprache im Betrieb verändern, um eine starke  
58 Mitbestimmung im Betrieb zu garantieren. Wir fordern  
59 daher eine durchgreifende Reform des Betriebsver-  
60 fassungsgesetzes.

61 Demokratie und politische Mitbestimmung sind für  
62 unsere Region maßgebend, da Düsseldorf nicht nur  
63 die Landeshauptstadt mit Sitz des Landtages ist, son-  
64 dern auch, weil hier jedes Jahr zahlreiche politische  
65 Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden.

66 Doch in einem demokratischen Land zu leben, ist  
67 keine Selbstverständlichkeit. 2021 ist die Zahl der  
68 Menschen, die in einer Demokratie leben, erneut ge-  
69 sunken, während die Zahl der Autokratien wieder zu-  
70 genommen hat. Eine Befragung der unter 30-Jährigen  
71 der Otto-Brenner-Stiftung zeigt, dass antidemokrati-  
72 sche Ideen auch in Deutschland Zuspruch finden. So  
73 wünschen sich beispielsweise 23% der Befragten ei-  
74 nen „starken Führer, der sich nicht um Parlamente  
75 und Wahlen kümmern muss.“. Dies bekamen wir  
76 auch auf unserer Kundgebung am 01. Mai 2022 zu  
77 spüren. Dort wurden Bundeskanzler Olaf Scholz und  
78 unsere Redner\*innen massiv von Querdenkern ge-  
79 stört.

80 Auch angesichts der vielen Krisen der letzten Jahre,  
81 der Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und  
82 der darauffolgenden Energiekrise, besteht die Gefahr  
83 eines Erstarkens des extremen Rechten politischen  
84 Lagers.

85 Als demokratische Zivilgesellschaft müssen wir die-  
86 sem Trend entgegenwirken und unsere freiheitlich de-  
87 mokratischen Werte verteidigen. Wir sind überzeugt,  
88 dass die politische Bildung ein zentraler Baustein ei-  
89 ner starken und lebhaften Demokratie ist. Dem zuneh-  
90 menden weltweiten Zuspruch für autoritäre Politik,  
91 dem wachsendem Rassismus und den Verschwö-  
92 rungsmythen müssen wir mit guter Bildungsarbeit  
93 entgegenwirken.

94 Politische und demokratische Bildungsangebote für  
95 Kinder und Jugendliche fördern das Verständnis für  
96 demokratische Werte und festigen das Demokratiever-  
97 ständnis. Etablierte Nicht-Regierungsorganisationen,  
98 wie beispielsweise Gewerkschaften, können den  
99 Schüler\*innen die Bedeutung starker zivilgesellschaft-  
100 licher Akteure verdeutlichen und sie dazu ermutigen,  
101 mitbestimmen zu wollen und sich für ihre Gemein-  
102 schaft einzusetzen.

103 In der Vergangenheit waren die Gewerkschaften be-  
104 reits starke Kräfte der emanzipatorischen Kämpfe, wie  
105 der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, dem  
106 Wahlrecht für Frauen und der Gründung der Repub-  
107 lik. Ebenso haben sie diese Errungenschaften erfolg-  
108 reich gegen autoritär-faschistische Bestrebungen ver-  
109 teidigt – der Kampf gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch

110 hätte zum Beispiel ohne die Gewerkschaften nicht ge-  
111 wonnen werden können.

112 Jedoch haben die Gewerkschaften zu spät die Gefahr  
113 des Nationalsozialismus erkannt, haben sich zu spät  
114 dem Widerstand gegen die Faschisten angeschlossen  
115 und wurden mit als eine der ersten Maßnahmen der  
116 ersten Hitler-Regierung verboten. Nochmal darf uns  
117 das nicht passieren. Die Geschichte mahnt uns Hin-  
118 zuschauen und aktiv zu werden.

119 Eine starke Demokratie braucht auch politische Mei-  
120 nungsbildung- und Meinungsäußerung. Daher sind  
121 die Wahrung und der Schutz des Versammlungs-  
122 rechts sowie der Presse- und Meinungsfreiheit von  
123 herausragender Bedeutung. Das Recht auf gewalt-  
124 freien zivilen Protest darf nicht durch Maßnahmen wie  
125 der Vorbeugehaft untergraben werden.

126 Wir befürworten eine politisierte Gesellschaft und wol-  
127 len gerade Aktivist\*innen, die sich für eine demokrati-  
128 sche und emanzipatorische Zukunft stark machen  
129 und für ihre Überzeugungen auf die Straße gehen,  
130 den Rücken stärken. Menschen müssen ihrem Recht,  
131 sich zu versammeln und zu protestieren nachgehen  
132 können und zwar frei von Einschüchterungsversu-  
133 chen, Schikane und unangemessenen Hürden. Des-  
134 halb sind wir gegen das neue Versammlungsgesetz in  
135 Nordrhein-Westfalen, welches zum 7. Januar 2022 in  
136 Kraft trat. Versammlungen werden darin nicht mehr  
137 als gesellschaftliche Meinungsäußerung und demo-  
138 kratisches Grundrecht, sondern als Gefahrenquelle  
139 verstanden. Wir wehren uns gegen weitere Einschnitte  
140 in unser Versammlungsrecht. Einer Ausweitung poli-  
141 zeilicher Befugnisse, nach Vorbild des Bayrischen Po-  
142 lizeiaufgabengesetzes (PAG), die die bürgerlichen  
143 Rechte einschränken, stehen wir konsequent entge-  
144 gen.

145 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
146 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
147 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
148 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
149 machen.

150 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
151 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
152 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
153 Rechtspopulismus /AFD.  
154

**A10 Wir treten ein für Menschenrechte****Annahme**

**Antragsteller:** *Delegiertenkonferenz  
Region Südwestfalen*

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Viele unserer gewerkschaftlichen Forderungen finden  
4 sich in der UN Menschenrechtscharta wieder. Bildung,  
5 Diskriminierungsverbot, Freiheit, Gleichheit, das  
6 Recht auf Arbeit, die soziale Ordnung und die  
7 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind nur ei-  
8 nige Beispiele für die wir uns in unserer tagtäglichen  
9 Arbeit stark machen. Wichtig ist uns, dass diese  
10 Menschenrechte nicht nur hier in Deutschland  
11 eingehalten werden, sondern auch in den Lieferketten  
12 unserer Betriebe.

13 Wir fordern, dass sich unsere NGG insbesondere für  
14 ein wirksames EU-Lieferkettengesetz stark macht und  
15 in diesem Zuge für ein verbessertes  
16 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, beispielsweise  
17 durch den Beitritt zur Initiative Lieferkettengesetz, die  
18 bereits vom DGB und von Verdi unterstützt wird.

**19 Begründung:**

20 Die Kolleg\*innen der Delegiertenkonferenz im Früh-  
21 jahr 2023 sind davon überzeugt, dass es ebenso wich-  
22 tig ist sich mit unseren Grundwerten zu befassen, wie  
23 mit dem aktuellen tarif- und betriebspolitischen Ge-  
24 schehen.

25 In unserer Konferenz haben wir uns insbesondere  
26 dem Thema Menschenrechte gewidmet. Schlimme  
27 Menschenrechtsverstöße kommen in deutschen Be-  
28 trieben glücklicherweise nicht häufig vor, jedoch dür-  
29 fen auch wir uns nicht ausruhen.

30 Mit starkem und jahrelangem Druck unserer NGG auf  
31 die Politik ist es gelungen, dass Werkverträge in der  
32 Fleischwirtschaft verboten wurden. Diese Arbeits- und  
33 Wohnbedingungen waren häufig menschenunwürdig.  
34 In der Öffentlichkeit wird viel über Tierwohl diskutiert,  
35 oft wurden die Menschen, die die Produkte herstellen  
36 aber vergessen.

37 Schaut man ins Ausland und somit in die Lieferketten  
38 einiger Betriebe ist die Verletzung von Menschenrech-  
39 ten leider nicht ausgeschlossen.

40 Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz listet schon  
41 heute konkrete Verbote auf. Einige davon sind für den  
42 Standort Deutschland eine Selbstverständlichkeit, wie  
43 beispielsweise das Verbot von Kinderarbeit. Leider ist  
44 dies längst nicht weltweit der Fall. Gerade auf Kakao-  
45 und Palmölplantagen werden Kinder zur Arbeit ge-  
46 zwungen und auch deutsche Süßwarenbetriebe müs-  
47 sen sicherstellen, dass in ihren Schokoladen keine  
48 Kinderarbeit steckt.

49 Auch das Verbot der Missachtung der nach dem  
50 Recht des Beschäftigungsortes geltenden Pflichten  
51 des Arbeitsschutzes, das Verbot der Missachtung der

52 Koalitionsfreiheit und das Verbot des Vorenthaltens ei-  
53 nes angemessenen Lohnes sind Teil des Lieferketten-  
54 sorgfaltspflichtengesetzes. Verstöße gegen diese Best-  
55 immungen muss man nicht erst im Ausland suchen.  
56 Auch hier gibt es leider noch immer Arbeitgeber, die  
57 Beschäftigte unter Druck setzen, weil sie Gewerk-  
58 schaftsmittglied sind. Der Arbeitsschutz steht nicht in  
59 allen Betrieben an oberster Stelle und regelmäßig  
60 muss unsere NGG zu spät gezahltes Entgelt oder in  
61 falscher Höhe gezahltes Entgelt für unsere Mitglieder  
62 geltend machen und einklagen. Auf Basis unseres  
63 Grundgesetzes haben Menschen in Deutschland die  
64 Möglichkeit sich gewerkschaftlich zu organisieren und  
65 auch ihre Rechte durchzusetzen. Diese Grundlage  
66 sollte allen Menschen weltweit nicht vorenthalten wer-  
67 den.

68 Deutsche Unternehmen müssen ihrer Sorgfaltspflicht  
69 nachkommen und in ihren Lieferketten menschen-  
70 rechtliche Risiken vorbeugen bzw. Verletzungen be-  
71 enden und bestimmten Umweltstandards nachkom-  
72 men.

73 Durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wurde  
74 § 106 Abs. 3 BetrVG um die Bestimmung ergänzt,  
75 dass zu den wirtschaftlichen Angelegenheiten im  
76 Sinne des § 106 BetrVG Fragen der unternehmeri-  
77 schen Sorgfaltspflichten in Lieferketten gem. dem Lie-  
78 ferkettensorgfaltspflichtengesetz gehören (§ 106 Abs.  
79 3 Nr. 5 b). Der Unternehmer ist daher in Zukunft auch  
80 verpflichtet, den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig und  
81 umfassend unter Vorlage von Unterlagen über diese  
82 Angelegenheiten zu unterrichten. Auch das Bera-  
83 tungsrecht des Wirtschaftsausschusses wurde ent-  
84 sprechend erweitert.

85 Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ist somit der  
86 erste Schritt in die richtige Richtung, jedoch greift es  
87 derzeit erst in Unternehmen ab 3.000 Arbeitneh-  
88 mer\*innen. Zum 1.1.2024 wird der Schwellenwert auf  
89 1000 herabgesetzt.

90 Der DGB und Verdi engagieren sich schon heute aktiv  
91 in der Initiative Lieferkettengesetz. Auch unsere NGG  
92 sollte sich aktiv beteiligen, denn ein starkes EU-  
93 Lieferkettengesetz würde zu gleichen Standards inner-  
94 halb der EU führen und so dafür sorgen, dass die EU-  
95 Mitgliedsstaaten die Richtlinie in nationales Recht um-  
96 wandeln müssen. Der Entwurf des EU-  
97 Lieferkettengesetzes verpflichtet bereits Unternehmen  
98 ab 500 Arbeitnehmer\*innen, so dass auch deutlich  
99 mehr NGG Betriebe unter das Gesetz fallen würden.

100 Unsere NGG zeichnet aus, dass wir viele Menschen  
101 sind, die sich zusammen für die Arbeitnehmer\*innen  
102 in der Ernährungsindustrie, im Handwerk und in der  
103 Gastronomie in Deutschland und darüber hinaus stark  
104 machen.

105 Wir in NRW stehen für Frieden, Menschenrechte,  
106 Gleichstellung, Demokratie, Antirassismus, Solidarität,  
107 Umweltschutz, Migration, Bildung und gegen  
108 Rechtspopulismus /AFD.  
109

**B1 NEW.S als Projekt stärken**

Annahme

**Antragsteller:** Landesbezirksvorstand NRW

1 Die Landesbezirkskonferenz möge beschließen:  
2 Der Landesbezirksvorstand wird aufgefordert sich  
3 dafür einzusetzen, NEW.S - das gemeinsame Bündnis  
4 aus Politik, den Arbeitgeberverbänden der  
5 Ernährungsindustrie und NGG - wieder zu stärken.  
6 Die Ernährungsindustrie ist eine der wichtigsten  
7 Branchen in NRW. Das Sozialpartnerprojekt hat in der  
8 Vergangenheit gute Dienste geleistet und für ein gutes  
9 Verständnis und Miteinander auf der betrieblichen,  
10 aber auch auf der politischen Plattform gesorgt. Die  
11 Schnittmenge der gemeinsamen Interessen für den  
12 Standort in NRW ist von allen Beteiligten wieder in den  
13 Vordergrund zu stellen. Der Landesvorstand möge in  
14 den nächsten Jahren verstärkt dafür werben, dass das  
15 Projekt wieder mehr Gewicht bekommt, indem Politik  
16 sich stärker für die Ernährungsindustrie engagiert und  
17 Fördermittel für das Projekt zugänglich macht und  
18 Arbeitgeber sich inhaltlich in die gemeinsame  
19 Projektarbeit einbringen. Gemeinsame  
20 Veranstaltungen wie z.B. der Sozialpartnertag sollen  
21 wieder paritätisch geplant und durchgeführt werden,  
22 hierbei können Aus- und Fortbildungen ein wichtiger  
23 erster Meilenstein sein.

**Begründung:**

25 Die Ernährungsindustrie steht vor immensen Heraus-  
26 forderungen. Die Klimakrise und nicht zuletzt die welt-  
27 wirtschaftlichen Verwerfungen, die mit dem Krieg in  
28 der Ukraine einhergehen, verschärfen die Situation  
29 weiter. Die Unternehmen sind gefordert, in immer  
30 schnelleren Zyklen Produkte und Prozesse zu opti-  
31 mieren und Kosten zu senken.

32 Innovationen in Betrieben entstehen über verschie-  
33 dene Wege. Politische Anreizsysteme, Förderpro-  
34 gramme, verändertes Konsumverhalten und ein stei-  
35 gender Innovations- und Wettbewerbsdruck lösen  
36 Veränderungsprozesse aus. Dort, wo es eine Interes-  
37 senvertretung gibt, werden diese Innovationen in der  
38 Regel zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten aus-  
39 gehandelt und damit auch im Interesse der Beleg-  
40 schaft gestaltet.

41 In den Betrieben der Ernährungsindustrie ist die Be-  
42 deutung von Anpassungs- und Veränderungsprozes-  
43 sen schon lange angekommen. Der gravierende Ar-  
44 beitskräftemangel, die Digitalisierung, knapper wer-  
45 dende Ressourcen und ein steigender Kostendruck in  
46 nahezu allen Bereichen zwingen die Unternehmen  
47 zum Handeln.

48 In der Praxis ist jedoch festzustellen, dass Innovatio-  
49 nen in der Summe zu selten oder verzögert stattfin-  
50 den. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen.

51 Mit dem Projekt NEW.S sollen betriebliche und über-  
52 betriebliche Innovationen und Initiativen angestoßen

53 werden, die gemeinsam von Arbeitgebern und Be-  
54 trieberräten entwickelt und umgesetzt werden. Damit  
55 können die Unternehmen der Ernährungsindustrie ei-  
56 nerseits zukunftsfester gemacht werden, andererseits  
57 bleibt der Wirtschaftsstandort NRW für die Branche  
58 das, was er heute noch ist – einer unserer wichtigsten  
59 Wirtschaftsbereiche.

60 Die Tarif- und Sozialpartner knüpfen dabei an die po-  
61 sitiven Erfahrungen aus dem vorangegangenen Sozi-  
62 alpartnerprojekt der nordrhein-westfälischen Ernäh-  
63 rungsindustrie an. Sie wollen erneut eine Dialogplatt-  
64 form etablieren, die als offenes Angebot für interes-  
65 sierte Unternehmen und Betriebsräte der Branche  
66 konzipiert ist.

67 Dem „1 + 1 = 3 Prinzip“ folgend sollen mit dem Pro-  
68 jekt die Sichtweisen von Unternehmensleitungen und  
69 Betriebsräten zusammengeführt und daraus ein  
70 Mehrwert generiert werden. Damit diese Gleichung  
71 funktioniert, braucht es jemanden, der diese beiden  
72 Sichtweisen zusammenführen kann. Diese Funktion  
73 kann das Sozialpartnerprojekt übernehmen.

74 Das Sozialpartnerprojekt will mit einer auf längere Zeit  
75 angelegten Dialogplattform ein Format anbieten, das  
76 einen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftli-  
77 chen Diskurs mit allen relevanten Akteuren – insbe-  
78 sondere den Unternehmensvertretern und Betriebsrä-  
79 ten sowie den jeweiligen Verbänden – ermöglicht, der  
80 gemeinsame Interessen und Sichtweisen identifiziert  
81 und damit Grundlage für weiteres Handeln wird. Die  
82 Kontinuität des Dialoges trägt dazu bei, Vertrauen und  
83 damit eine wichtige Voraussetzung für Kooperationen  
84 und Innovationen zu schaffen. Wie bereits in der Ver-  
85 gangenheit, sollen die Dialog- und Workshop Ange-  
86 bote möglichst immer in „einladenden“ Betrieben der  
87 Branche stattfinden.

88 Darüber hinaus wird das Sozialpartnerprojekt Sorge  
89 dafür tragen, dass Innovationsideen begleitet und mit  
90 Leben gefüllt werden. Dabei können auf Wunsch der  
91 Beteiligten unterschiedliche Leistungen, wie bspw. die  
92 Unterstützung bei der Identifizierung von Fördermit-  
93 teln, Experten usw. erbracht werden.

94 Und schließlich will das Projekt durch die Vernetzung  
95 der Akteure und die Bekanntmachung von Best-Prac-  
96 tice-Beispielen ein „Innovationsklima“ entwickeln,  
97 dass Chancen und Möglichkeiten aufzeigt und zur  
98 Mitarbeit motiviert.  
99

**B2 Azubi Offensive “Vertrauenskörper“**

Annahme als Material

**Antragsteller:** *jungeNGG Nordrhein-Westfalen*

- 1 Die Konferenz möge beschließen:
- 2 Die jungeNGG Nordrhein-Westfalen setzt sich für ein  
3 ganzheitliches Konzept zur Vertrauenskörperbildung  
4 im Rahmen eines Projektes – Azubi Offensive  
5 „Vertrauenskörper“ – ein. Junge Kolleginnen und  
6 Kollegen müssen bereits frühzeitig in die aktive  
7 Gewerkschaftsarbeit eingebunden werden und mit  
8 dem Solidaritätsgedanken aus dem Projekt  
9 verknüpfen, dass eine starke Gemeinschaft bereits in  
10 der Ausbildung etwas bewirken kann. Dazu sind die  
11 nachfolgenden Handlungsschritte notwendig.
- 12 Konzepterweiterung innerhalb der Berufsschularbeit:
- 13 In den Berufsschulbesuchen soll der Unterricht um  
14 den Verständnisansatz eines Vertrauenskörpers  
15 erweitert werden. Durch eine grafische Aufbereitung  
16 und eine Simulation von Konfliktgesprächen mit  
17 Arbeitgebern muss der Sinn eines Vertrauenskörpers  
18 verdeutlicht werden. Die Auszubildenden sollen im  
19 Anschluss selbst diese Ideen in ihren Betrieb tragen.
- 20 Bildung eines Vertrauenskörpers zu Beginn des  
21 Ausbildungsjahres:
- 22 In den Begrüßungen der neuen Auszubildenden soll  
23 möglichst ein ganzer Jahrgang zusammen begrüßt  
24 werden. Dabei soll das Prinzip des Vertrauenskörpers  
25 erklärt werden und ggf. auf Wissen und Vorerfahrung  
26 aus den Berufsschulen zurückgegriffen werden.  
27 Schon während oder kurz nach den Azubi-  
28 begrüßungen soll eine Vertrauensperson für jeden  
29 Azubijahrgang gewählt werden.
- 30 Veranstaltungsserie für Vertrauensleute:
- 31 Um einen überbetrieblichen Austausch sicher zu  
32 stellen und den Kontakt zu NGG beizubehalten, führt  
33 die jungeNGG Nordrhein-Westfalen regelmäßige  
34 Vernetzungstreffen ein. Dabei wird auf tarifpolitische  
35 Entwicklungen eingegangen, aber auch der über-  
36 betriebliche Austausch gefördert. Diese  
37 Vernetzungstreffen werden in den Betrieben aktiv zur  
38 Werbung für Vertrauensleutewahlen genutzt.
- 39 **Begründung:**
- 40 Mit einem kritischen Blick auf die Mitgliederentwick-  
41 lung sowohl von jungeNGG im Bundesgebiet, als auch  
42 von jungeNGG in Nordrhein-Westfalen wird schnell  
43 klar, dass die Mitgliederentwicklung stark rückläufig  
44 ist. Als Gründe können hier nicht ausschließlich die  
45 vergangenen Krisen herangezogen werden, sondern  
46 es muss ein breiteres Spektrum an Einflüssen in die  
47 Bewertung mit einbezogen werden.
- 48 Insbesondere die Unterrichte in Berufsschulen haben  
49 uns in der täglichen Arbeit gezeigt, dass häufig der  
50 erste Kontakt zu jungen Kolleginnen und Kollegen ziel-  
51 führend ist und der wiederkehrende Besuch im da-



52 rauffolgenden Schuljahr stellt einen zu großen zeitli-  
53 chen Abstand dar. Viele der in den Berufsschulen be-  
54 suchten Auszubildenden können auch nur mit um-  
55 ständlichen Mitteln dazwischen kontaktiert werden.  
56 Dies ist insbesondere den komplexen Branchenstruk-  
57 turen geschuldet.

58 Aus diesem Grund bedarf es eines ganzheitlichen  
59 Konzeptes zur Ansprache, auch zwischen den Berufs-  
60 schulbesuchen. Der Weg über eine Vertrauensleute-  
61 gruppe ist bewährt und kann insbesondere in einem  
62 Klassenverbund die gewerkschaftliche und gesell-  
63 schaftspolitische Debatte fördern. Insbesondere in  
64 Betrieben, in welchen wir aktuell noch nicht stark ver-  
65 treten sind, kann so die wichtige Kommunikations-  
66 schnittstelle zwischen Gewerkschaft und Auszubil-  
67 denden eingerichtet werden.  
68

**B3 Vernetzungstreffen "Jung trifft Alt"**

Annahme

**Antragsteller:** jungeNGG Nordrhein-Westfalen

- 1 Die Konferenz möge beschließen:
- 2 Die jungeNGG Nordrhein-Westfalen bietet im Jahr  
3 2023 eine zweitägige Vernetzungstagung zwischen  
4 Jung und Alt an. Diese Vernetzungstagung setzt sich  
5 paritätisch aus dem Arbeitskreis Senior\*innen sowie  
6 jungeNGG Mitgliedern zusammen. Beide Seiten  
7 tauschen sich zu den Bedürfnissen, Ängsten und Be-  
8 denken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aus und  
9 erarbeiten ihre Motivation zur gewerkschaftlichen  
10 Situation.
- 11 Zielsetzung ist ein besseres Verständnis für die jeweils  
12 anderen Positionen innerhalb der laufenden  
13 Legislaturperiode und eine gegenseitige  
14 Unterstützung bei Projektierungen, Mandats-  
15 besetzungen und innerorganisatorischen  
16 Fragestellungen. Inhaltlich können u. a.  
17 Zeitzeugenberichte aus der gewerkschaftlichen Nach-  
18 kriegszeit, Abgeordnetengespräche oder auch  
19 Entwicklungen in der aktuellen Rentenpolitik in den  
20 Ablauf einbezogen werden.
- 21 Die Vernetzungstagung soll an einem Ort der  
22 Begegnung stattfinden, an welchem bereits  
23 Kolleginnen und Kollegen vor vielen Jahren  
24 gewerkschaftliches Engagement gezeigt haben. Die  
25 Moderation der Veranstaltung soll ebenfalls durch ein  
26 paritätisch besetztes Team stattfinden. Bei der  
27 Auswahl des Veranstaltungsortes ist auf die  
28 Barrierefreiheit für alle Kolleginnen und Kollegen zu  
29 achten.
- 30 Wird die Tagung beiderseitig gut angenommen, strebt  
31 die jungeNGG eine jährliche Wiederholung der  
32 Vernetzungstagung an.
- 33 **Begründung:**
- 34 Schon auf dem vergangenen Gewerkschaftstag hat  
35 sich gezeigt, dass die jungeNGG und die Senior\*innen  
36 nah beieinanderstehen. Bestes Beispiel hierfür war  
37 der Antrag "Jugend eine Stimme geben", welcher  
38 auch zum Zuspruch aus dem Bereich der älteren Kol-  
39 leginnen und Kollegen geführt hat.
- 40 Für den Charakter der Tagung kann die jungeNGG in  
41 Nordrhein-Westfalen bereits auf ein digitales Arbeits-  
42 treffen mit der Personengruppe Frauen zurückbli-  
43 cken. Dieses hat für ein großes Verständnis unterei-  
44 nander gesorgt und nachhaltige Arbeitsschwerpunkte  
45 hinterlassen.  
46

**B4      Qualifizierungen für Betriebsräte  
und JAVen zum Thema Nachhaltig-  
keit****Annahme mit Änderungen****Antragsteller:** *jungeNGG Nordrhein-Westfalen*

- 1 Die Konferenz möge beschließen:
- 2 Die jungeNGG Nordrhein-Westfalen setzt sich bei der  
3 NGG.NRW ~~und junge NGG Bund~~ für eine Aufnahme  
4 von Weiterbildungsangeboten zum Thema  
5 betriebliche Nachhaltigkeit ein. Dabei sollen digitale  
6 und kurze, auf sich aufbauende Onlineschulungen  
7 angeboten und Module für die Integration in  
8 passenden Veranstaltungen entwickelt werden.
- 9 Durch die Mitwirkung in einigen betriebspolitischen  
10 Bereichen innerhalb der Unternehmen muss ein  
11 Verständnis geschaffen werden, wie der Betriebsrat  
12 auf einen Zero Waste Status hinwirken kann.  
13 Betriebsräte sollen damit aufgerufen werden, die  
14 innerbetrieblichen Prozesse, gemeinsam mit  
15 möglicherweise vorhandenen Sustainability  
16 Beauftragten zu betrachten und im Sinne der  
17 Nachhaltigkeit zu verändern.
- 18 Alle Module sollen aktiv durch jungeNGG beworben  
19 und ein spezielles Werbearrangement für Betriebsräte  
20 und JAVen eingerichtet werden. Nach jeder  
21 Moduldurchführung wird ein digitaler Feedbackbogen  
22 an die Teilnehmenden versendet. Dieser kommt zum  
23 einen kurz nach dem Seminar, als auch nochmals  
24 etwa 12 Monate nach dem Seminar und soll einen  
25 Evaluierungscharakter haben.
- 26 **Begründung:**
- 27 Einige Betriebsräte haben bereits in der Vergangen-  
28 heit immer wieder gezeigt, dass sie das Thema Nach-  
29 haltigkeit sowohl in den Gremien, als auch in ihrem  
30 persönlichen Umfeld fördern. Aus diesem Grund  
31 sollte ein Grundinteresse vorhanden sein. Die gesell-  
32 schaftspolitische Entwicklung zeigt auch den klaren  
33 Trend für Unternehmen, sich ausführlicher mit der  
34 Nachhaltigkeit ihrer Produkte zu beschäftigen.
- 35 Je nach angestrebter Transformation im Unterneh-  
36 men kann dies auch Auswirkungen auf die Beschäf-  
37 tigten haben und damit die zuständigen Betriebsräte  
38 auf den Plan rufen. Damit diese Transformationen  
39 besser begleitet und eingeordnet werden können, sind  
40 Qualifizierungen für die Kolleginnen und Kollegen not-  
41 wendig.  
42

**C1 Aufklärung zum Mitgliedervorteil in Tarifverträgen und damit in Tarifabschlüssen**

Annahme

**Antragsteller:** Landesbezirksvorstand NRW

1 Die Landesbezirkskonferenz möge beschließen und  
2 den Beschluss sodann als Antrag an den 18.  
3 ordentlichen Gewerkschaftstag unserer NGG  
4 weiterleiten.

5 In vielen Mitgliederversammlungen und Ta-  
6 rifkommissionen wird immer wieder gefordert, dass  
7 die Nicht-Mitglieder von den Tarifverträgen  
8 ausgeschlossen werden. Dieser Wunsch ist  
9 nachvollziehbar, bedarf aber einer Aufklärung. Der  
10 NGG Hauptvorstand sollte in der nächsten Amtszeit  
11 ein Aufklärungskonzept zu diesem Themenfeld  
12 anstoßen.

13 Konkret sollen Folien für Mitgliederversammlungen  
14 und Broschüren (mit Argumenten und ausführlichen  
15 Erklärungen) für Tarifkommissionsmitglieder  
16 entwickelt werden. Die dazu zu entwickelnde  
17 Broschüre beschreibt den Handlungsrahmen und die  
18 möglichen rechtlichen Einschränkungen bei den  
19 tariflichen Ansprüchen ausschließlich für Mitglieder.

20 Neben der Aufklärung der rechtlichen Rah-  
21 menbedingungen, sollte ein möglicher Leis-  
22 tungskatalog beispielhaft aufgeführt werden, wo in  
23 welcher Form Tarifvereinbarungen mit einem klaren  
24 Mitgliedervorteil durchgesetzt wurden und wie  
25 erfolgreich diese waren.

26 Hierzu wird eine Arbeitsgruppe von haupt- und  
27 ehrenamtlichen Aktiven gebildet, die mit  
28 unterschiedlichen Blickrichtungen das Thema  
29 aufarbeiten.

30 Die Informationsmaterialien werden dem  
31 Hauptvorstand spätestens in 2025 präsentiert und  
32 nach positiver Beschlusslage des Hauptvorstandes  
33 den Organisationsgliederungen unserer NGG für die  
34 Tarifrunden 2026 zur Verfügung gestellt.

**Begründung:**

36 Unsere Mitglieder fordern immer wieder das wir uns  
37 als Gewerkschaft dafür stark machen, dass Mitglieder  
38 im Betrieb tarifliche Vorteile genießen und es eine Ab-  
39 grenzung zu den anderen Beschäftigten gibt.

40 Regelmäßig klären Gewerkschaftssekretär\*innen auf  
41 Mitgliederversammlungen zu den - zwar berechtigten  
42 - aber rechtlich sehr eingegrenzten Möglichkeiten auf.  
43 Dennoch bleiben oftmals Kolleg\*innen die wenig Ver-  
44 ständnis dafür haben, dass die Nichtmitglieder ein-  
45 fach dieselben tariflichen Leistungen abrufen können.  
46 Wenn der Druck auf den Mitgliederversammlungen so  
47 hoch ist, dass dies in der Tarifkommission nochmals  
48 auf den Tisch kommt, sind die Verhandlungsführen-  
49 den ebenfalls gefragt und gefordert die Aufklärung zu  
50 betreiben.

51 Der rechtliche Rahmen und die Möglichkeiten sind  
52 durch den Gesetzgeber eingeschränkt, dennoch sollte  
53 es eine Aufklärung für die Mitglieder geben, wo die  
54 Gründe liegen. Natürlich sollte ebenso in der Bro-  
55 schüre unterstrichen werden, dass es nur dort wo es  
56 viele Mitglieder gibt auch gute Tarifverträge gibt.

57 Quotenregelung (Beispiel: X% Mitglieder mindestens  
58 oder wenn 2 ATZ Bewerber\*innen dann Vorteil Mit-  
59 glied) und Bevorteilungen bei Altersteilzeittarifverträ-  
60 gen, sowie beispielhaft der Sozialtarifvertrag ABInBev  
61 haben nicht nur den Mitgliedervorteil auf dem Papier  
62 beschrieben, sondern oftmals wurde er gelebt.

63 Bei der Umsetzung solcher Vereinbarungen treten  
64 aber auch einige Probleme auf. So muss dem Arbeit-  
65 geber zwangsläufig mitgeteilt werden, wer in seinem  
66 Betrieb NGG Mitglied ist. Aus datenschutzrechtlichen  
67 Gründen können wir das ohne Zustimmung der Mit-  
68 glieder nicht erklären. Wir müssten also nach dem Ab-  
69 schluss erst unsere Mitglieder schriftlich befragen, ob  
70 sie mit einer Weitergabe ihrer Daten einverstanden  
71 sind. Mitglieder reagieren bei Mitgliedervorteilsab-  
72 schlüssen dann zurückhaltend, da bei Einmalzahlun-  
73 gen (Erholungsbeihilfe), der geringe Einmalbetrag es  
74 ihnen nicht wert ist sich zu offenbaren.

75 Der Arbeitgeber erfährt über diesen Weg auch den ge-  
76 nauen Organisationsgrad im Betrieb, was bei späteren  
77 Tarifeinansetzungen eine Rolle spielen kann.

78 Betriebsräte müssen in ihrer Funktion zwar Beschäf-  
79 tigte gleich behandeln, dennoch können sie die recht-  
80 liche Grauzone nutzen und die Gewerkschaftsmitglie-  
81 der viel intensiver und umfangreicher aufklären. In ei-  
82 nem Aktionsplan können Mitgliedervorteile für Mitglie-  
83 der herausgearbeitet werden und betrieblich genutzt  
84 werden.

85 Auch die NGG internen Richtlinien mit der Regelung,  
86 wann ein Tarifvertrag auf der bundes- oder länder-  
87 ebene verhandelt werden kann, gehören zu der Auf-  
88 klärung dazu.  
89

**C2 Möglichkeit zur schnellen Weiterbildung****Annahme als Material zu A8****Antragsteller:** *jungeNGG Nordrhein-Westfalen*

- 1 Die Konferenz möge beschließen:  
2 Die jungeNGG.NRW fordert konkret Punkte, um  
3 Existenzsicherung und bessere Maßnahmen zur  
4 Qualifizierung unter einen Hut zu bekommen. Die jun-  
5 geNGG.NRW ist davon überzeugt, dass durch eine  
6 innovative betriebliche Weiterbildungspolitik und  
7 durch mehr Tarifverträge sowie Betriebs-  
8 vereinbarungen eine schnelle und qualitative  
9 Verbesserung im Bereich der Weiterbildungsmög-  
10 lichkeiten erreicht werden kann. Auch ist es sehr  
11 wichtig, eine aktive staatliche Weiterbildungspolitik zu  
12 fördern und zu stärken.

**13 Begründung:**

- 14 "Lebenslanges Lernen" heißt die Forderung in der öf-  
15 fentlichen Debatte, in der jedoch umstritten ist, wer  
16 die Bedingungen dafür zu schaffen hat und wer die  
17 Kosten trägt. Nur wenige gesellschafts- und wirt-  
18 schaftspolitische Ziele finden einen so breiten Kon-  
19 sens wie die Forderung, die berufliche Weiterbildung  
20 auszubauen. Ausreichende Qualifikationen und der  
21 Erhalt der Voraussetzungen, diese fortlaufend zu er-  
22 neuern, die Bereitschaft der Arbeitnehmer\*innen,  
23 umzulernen und neu zu lernen, ist ein elementarer  
24 Standortvorteil für Betriebe. Qualifikation wird für die  
25 Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen  
26 immer wichtiger. Immer mehr entscheidet die Qualifi-  
27 kation mit über die Sicherheit des Arbeitsplatzes, über  
28 Einkommen und Einkommensverbesserung, berufli-  
29 che und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten, Mit-  
30 bestimmungschancen bei der Gestaltung der Arbeit  
31 und über Wiedereinstellungschancen bei Arbeitslosig-  
32 keit. In Deutschland ist das System der Weiterbildung  
33 nicht gut aufgestellt. Das zeigen nicht nur die Studien  
34 des Bundesinstituts für Berufsbildung, sondern auch  
35 Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und  
36 Berufsforschung und die der OECD. Sie alle beschei-  
37 nigen dem System der beruflichen Weiterbildung in  
38 Deutschland erhebliche Mängel, hohe soziale Selekti-  
39 vität, mangelnde Zukunftsfähigkeit und gravierende  
40 Unterinvestition. Derzeit profitieren nur 46 Prozent der  
41 An- und Ungelernten von einer Weiterbildung. Bereits  
42 jetzt zeichnet sich eine Lücke im Bereich des digitalen  
43 Wissens. Nicht zuletzt ist es für viele Beschäftigte eine  
44 erhebliche Hürde, dass eine Weiterbildung oftmals mit  
45 finanziellen Einbußen verbunden ist.  
46

### C3 **Arbeitssicherheit stärken Mehr Schutz für unsere Kolleg\*innen**

Annahme mit Änderungen

**Antragsteller:** Mitgliederversammlung  
Region Düsseldorf-Wuppertal

1 Die LandesbezirkskonferenzMitgliederversammlung  
2 möge ~~diesen Antrag~~ beschließen und an den die 18.  
3 Ordentlichen Gewerkschaftstag  
4 Landesbezirkskonferenz NRW weiterleiten;:-

5 Um die Sicherheit unserer Kolleg\*innen zu  
6 gewährleisten, müssen die Arbeitgeber ihren  
7 Schutzpflichten nachkommen, die Arbeitsprozesse so  
8 sicher wie möglich gestalten und Gefahrenquellen  
9 identifizieren und beseitigen.

10 Wir fordern unsere NGG auf, sich in der Landes- und  
11 Bundespolitik für mehr Arbeitssicherheitskontrollen  
12 einzusetzen. Um dies zu ermöglichen, fordern wir die  
13 Aufstockung von Personal in den Behörden, damit die  
14 Kontrollen sachgemäß und effizient durchgeführt  
15 werden können.

16 Gleichzeitig wollen wir das Thema Arbeitssicherheit in  
17 der Betriebsratsarbeit unserer Kolleg\*innen in den  
18 Fokus bringen. Unsere NGG soll das  
19 Bildungsprogramm der BGN Wir fordern unsere NGG  
20 und das BZO auf, das zum Thema Arbeitssicherheit  
21 in ihrer Bildungsarbeit stärker in den Fokus zu rücken.

22 Zuletzt fordern wir von unserer NGG zentral und  
23 gezielt „Best-Practice-Beispiele“ zur Arbeitssicherheit  
24 zu sammeln und daraus Vorlagen und Muster für  
25 andere Betriebe und Gremien zu entwickeln.

#### 26 **Begründung:**

27 Allein 2021 kam es laut der Berufsgenossenschaft  
28 Nahrungsmittel und Gastgewerbe zu 63.166 re-  
29 registrierten Arbeitsunfällen. Dies ist eine besorgniserre-  
30 gende Anzahl. Die Sicherheit und Gesundheit unserer  
31 Kolleg\*innen darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

32 Die heutige Zeit mit steigenden Energiepreisen und  
33 hohem Konkurrenzdruck birgt die Gefahr, dass Abstri-  
34 che bei der Arbeitssicherheit gemacht werden. Das  
35 darf nicht passieren.

36 Leider machen wir jedoch die Erfahrung, dass die Ar-  
37 beitgeber teilweise nur ungenügend bis ausreichend  
38 für die Arbeitssicherheit sorgen und die gesetzlichen  
39 Mindestbestimmungen nicht flächendeckend einge-  
40 halten werden. Ein Ausbau der staatlichen Kontrollen  
41 könnte dem Abhilfe leisten. Aktuell sind diese so sel-  
42 ten und vereinzelt, dass Arbeitgeber keine Conse-  
43 quenzen fürchten müssen, wenn die Gesundheit der  
44 Mitarbeitenden unzureichend geschützt ist.

45 Der Ausbau der staatlichen Kontrollen ist kein Selbst-  
46 läufer. Unsere NGG muss Druck auf Politiker\*innen  
47 ausüben und sich Unterstützung in der Zivilgesell-  
48 schaft, Politik und in Verbänden suchen. Nur durch  
49 starken und kollektiven Druck können wir die Regie-  
50 rung beeinflussen, mehr Personal für die Kontrollen

51 zur Verfügung zu stellen und idealerweise ein flächendeckendes System der Arbeitssicherheitskontrollen einzuführen.

54 Zeitgleich müssen wir das Thema Arbeitssicherheit stärker in den Fokus unserer betriebspolitischen Arbeit rücken. Dafür sollte das Thema bei unseren BR-Seminaren und internen Fortbildungen in den Mittelpunkt gestellt werden. Nur durch Aufklärung und Aufzeigen von Gestaltungsmöglichkeiten können wir den Gesundheitsschutz unserer Kolleg\*innen stärken.

62 Unsere letzte Forderung der „Best-Practice-Beispiele“ zielt auf das Sammeln und Bereitstellen von positiven Musterbeispielen. So können wir anderen betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien das Thema praxisnah und konkret näherbringen. Es gibt bereits jetzt viele engagierte Kolleg\*innen, die nachhaltige und kreative Lösungen für die Arbeitssicherheit gefunden haben. Es ist daher unsere Aufgabe diese Beispiele zu bündeln, zu abstrahieren und daraus zugängliche Beispiele für unsere Kolleg\*innen vor Ort zu schaffen.

73 Das Thema Arbeitssicherheit war seit dem Aufkommen der Arbeiter\*innenbewegung ein zentrales Anliegen. Die furchtbaren Arbeitsbedingungen in den Zeiten der Industrialisierung, die wir aus erschreckenden Bildern aus Geschichtsbüchern kennen, erinnern uns an die damaligen katastrophalen Zustände. Sie konnten nur durch gezielten und kollektiven Druck und die Durchsetzung von Mindeststandards von den Gewerkschaften geändert werden. Wir sind uns diesem historischen Erbe bewusst und wollen in dieser Tradition die Sicherheit am Arbeitsplatz ausbauen.



**D1 Mindest-Kurzarbeitergeld einführen****Annahme****Antragsteller:** Landesbezirksvorstand NRW

1 Die Landesbezirkskonferenz möge beschließen und  
2 an den 18. Ordentlichen Gewerkschaftstag  
3 weiterleiten:

4 Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich gegenüber  
5 der Bundesregierung für die Einführung eines  
6 Mindest-Kurzarbeitergeldes einzusetzen und,  
7 entsprechende Initiativen gemeinsam mit dem DGB  
8 und ggf. mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu  
9 lancieren. Hierzu soll der NGG-Hauptvorstand das in  
10 der Corona-Pandemie ausgearbeitete Mindest-KuG-  
11 Konzept aktualisieren. Ziel ist es, das bestehende  
12 Kurzarbeitergeld um eine Komponente zu ergänzen,  
13 die Kurzarbeitenden zumindest ein Einkommen auf  
14 dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns sichert.

**Begründung:**

15  
16 Das Kurzarbeitergeld hat sich in den vergangenen Kri-  
17 sen bewährt. Das Instrument sorgt dafür, Beschäfti-  
18 gung in der Krise zu sichern und somit die Folgen von  
19 Wirtschaftskrisen abzumildern.

20 Allerdings hat die Corona-Krise die Grenzen dieses In-  
21 struments aufgezeigt. Die Schließung von Hotels, Res-  
22 taurants und anderen gastronomischen Betriebe hatte  
23 dramatische Folgen für die Menschen, die im Gastge-  
24 werbe arbeiten. Viele haben ihre Arbeit verloren. Hun-  
25 derttausende waren Monate in Kurzarbeit. Im Gastge-  
26 werbe, aber auch in Teilen des Handels oder etwa die  
27 Friseurbranche waren ausgerechnet die Bereiche be-  
28 sonders von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-  
29 Pandemie betroffen, in denen die Löhne ohnehin oft  
30 viel zu niedrig sind. Hunderttausende Menschen wa-  
31 ren viele Monate in Kurzarbeit und mussten mit noch  
32 weniger Geld auskommen.

33 Das Mindest-Kurzarbeitergeld soll eine Ergänzung  
34 und keine Alternative zu bestehenden Leistungen und  
35 Regelungen sein. Die Forderung, die Grundsicherung  
36 zu erhöhen und die Verfahren zugunsten der Antrag-  
37 steller\*innen zu verbessern, besteht unabhängig vom  
38 Mindest-Kurzarbeitergeld fort. Das Mindest-Kurzar-  
39 beitergeld ist eine Untergrenze, die, mit Blick auf die  
40 Erfahrungen der Corona-Pandemie mit sehr unter-  
41 schiedlichen Bezugszeiten und -umfängen von Kurz-  
42 arbeitergeld, Beschäftigten wenigstens das Mindest-  
43 lohniveau sichert.

44 Bereits in der Corona-Pandemie hatte unsere NGG ge-  
45 meinsam mit Verdi ein „Pandemie-Mindest-Kurzar-  
46 beitergeld“ gefordert. Damit die nächste Krise die Be-  
47 schäftigten in den einschlägigen Branchen nicht er-  
48 neut kalt erwischt, müssen jetzt alle Anstrengungen  
49 unternommen werden, damit der Gesetzgeber die  
50 richtigen Lehren aus der Corona-Pandemie zieht und  
51 die Weichen für die Zukunft stellt.  
52

**D2      Ausbildungsgarantie**

<b>Nichtbefassung</b>
-----------------------

**Antragsteller:** *jungeNGG Nordrhein-Westfalen*

- 1 Die Konferenz möge beschließen:
- 2 Die jungeNGG bildet einen Ausschuss zur Erörterung  
3 und Erarbeitung einer Position zur Ausbildungs-  
4 garantie unter Berücksichtigung der Entwicklungen  
5 aus der pandemischen Lage und der derzeitigen  
6 wirtschaftlichen Situation.
- 7 Der Ausschuss hört dazu die Verfasser von bereits  
8 bestehenden Konzepten zur Ausbildungsgarantie an  
9 und lädt zeitanteilig entsprechende Sachverständige  
10 in den Ausschuss ein. Dabei muss auf eine klare  
11 Abgrenzung zur Einstiegsqualifizierung und ver-  
12 gleichbare Programme geachtet werden.
- 13 Nach Beendigung der Arbeit im Ausschuss konzipiert  
14 die jungeNGG eine eigenständige Kampagne, unter  
15 Einbeziehung der DGB Jugend, in der laufenden  
16 Legislaturperiode.
- 17 **Begründung:**
- 18 Bestehende Konzepte zur Ausbildungsgarantie haben  
19 noch keinen anhaltenden Erfolg gezeigt. Der Ausbil-  
20 dungsmarkt ist teilweise zerrüttet und ein großer Teil  
21 der Bewerber\*innen bleibt unversorgt. Dabei zählen  
22 für uns auch junge Menschen, die mit einer Einstiegs-  
23 qualifizierung oder ähnlichen Programmen in das Be-  
24 rufsleben einsteigen zu den unversorgten Bewer-  
25 ber\*innen. Der Grund hierfür ist, dass viele von ihnen  
26 diese Verträge als Notlösung eingehen, obwohl sie  
27 qualitativ auch für eine reguläre Berufsausbildung ge-  
28 eignet wären.
- 29 Eine Ausbildungsgarantie einzuführen, die wirtschaft-  
30 lich und gesellschaftlich umsetzbar ist, bedarf einer  
31 genauen Begutachtung und ausführlicher Bearbei-  
32 tung. Aus diesem Grund soll ein Ausschuss gebildet  
33 werden, der auch bestehende Konzepte auf Wirksam-  
34 keit prüft und einzelne Teile der derzeitigen Lage an-  
35 passt. Viele Konzepte wurden noch vor der Corona-  
36 Pandemie und der Krisenlage entwickelt und können  
37 teilweise nicht mehr so umgesetzt werden.  
38

D3 **Abschaffung des Merit-Order-Prinzips bei der Ermittlung des Strompreises - Strom muss langfristig für alle bezahlbar bleiben**

Annahme

**Antragsteller:** Regionsvorstand Dortmund

1 Die Landesbezirkskonferenz möge zur Weiterleitung  
2 an den Gewerkschaftstag beschließen:

3 Wir fordern, dass die sich unsere Gewerkschaft NGG  
4 nachhaltig und vehement mit den Schwester-  
5 gewerkschaften im DGB, im Bundestag und mit den  
6 Schwestergewerkschaften im EGB im europäischen  
7 Parlament dafür einsetzt, dass das „Merit-Order-  
8 Prinzip“ bei der Ermittlung des Strompreises  
9 abgeschafft oder so überarbeitet wird, dass die  
10 Strompreise für Endkunden dem Durchschnitts-Preis  
11 aus dem Mix aller Energieträger entsprechen und  
12 nicht nur der teuersten Erzeugungsart.

13 **Begründung:**

14 Bei der Ermittlung des Strompreises für Endkunden  
15 kommt derzeit das „Merit-Order-Prinzip“ zur Anwen-  
16 dung. Dies besagt, dass sich der Strompreis für End-  
17 kunden ausschließlich nach dem Preis der teuersten  
18 Energiequelle bemisst.

19 Aktuell gibt es folgende verschiedene Energiequellen  
20 zur Stromerzeugung: Erneuerbare wie Wind- Solar-  
21 und Wasserenergie, Atomstrom, Kohle und Gas. Das  
22 „Merit-Order-Prinzip“ war bei der anfänglichen Um-  
23 stellung auf erneuerbare Energiequellen durchaus  
24 sinnvoll, sorgte es doch dafür, dass der anfänglich mit  
25 hohen Investitionen verbundene grüne Strom gewinn-  
26 träftig wurde. Inzwischen jedoch sind die Herstel-  
27 lungskosten pro Kilowattstunde bei den erneuerbaren  
28 Energiequellen deutlich gesunken.

29 In Folge des Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich die  
30 Gasversorgung in Deutschland dramatisch verändert.  
31 Statt sehr günstigen Pipelinegas aus Russland bezie-  
32 hen wir nun Gas aus vielen verschiedenen Ländern  
33 und Quellen. Die Herstellungs- und Transportkosten  
34 z.B. von LNG-Gas liegen deutlich über dem von Erd-  
35 gas aus Russland.

36 Die veränderte Marktlage hat die Preise für Gas zw-  
37 schenzeitlich um ca. 900% steigen lassen. Inzwi-  
38 schen haben sie sich auf einem Niveau eingependelt,  
39 dass ca. 100% über dem Niveau vor dem Krieg liegt.  
40 Ein Absinken auf den Vorkriegspreis ist nicht zu erwar-  
41 ten – im Gegenteil, es gibt verschiedene Risiken, die  
42 einen weiteren Anstieg des Gaspreises wahrscheinlich  
43 machen. Damit sind weitere Risiken für eine (weitere)  
44 Steigerung des Strompreises denkbar.

45 Ganz sicher ist es richtig, zuerst alle Bemühungen da-  
46 rauf zu richten, Strom einzusparen. Eine gewisse  
47 Grundlast benötigt jedoch jeder Mensch. Gerade  
48 Menschen mit niedrigeren Einkommen sind kaum in  
49 der Lage, über Jahre hinweg dramatisch gestiegene  
50 Kosten für Energie zu tragen. Auch der Staat kann den

51 Konsum von Energie ohne Gegenfinanzierung nicht  
52 über Jahre hinweg subventionieren. Es muss daher  
53 der bestehende Preisfindungsmechanismus entweder  
54 abgeschafft oder modifiziert werden  
55

**E1 Leistungskatalog unserer NGG prüfen****Annahme****Antragsteller:** Landesbezirksvorstand NRW

1 Die Landesbezirkskonferenz möge diesen Antrag  
2 beschließen und an den Gewerkschaftstag der NGG  
3 weiterleiten.

4 Der Hauptvorstand wird aufgefordert, den  
5 Leistungskatalog gemäß Abschnitt IV. unserer  
6 Satzung zu prüfen, mit den Leistungen der anderen  
7 DGB-Gewerkschaften zu vergleichen. Bieten die  
8 anderen DGB-Gewerkschaften bessere oder  
9 attraktivere Leistungen an, so ist in einer Kosten-  
10 Nutzen-Analyse zu prüfen, ob eine entsprechende  
11 Erweiterung der NGG-Leistungen sinnvoll und  
12 machbar ist. Hierzu legt der Hauptvorstand zur  
13 nächsten ordentlichen Beiratssitzung einen Bericht  
14 vor.

15 In diesem Zuge möge der Hauptvorstand auch die  
16 Vorteilsangebote von „NGG Dein Plus“ auf eine  
17 mögliche Erweiterung prüfen. Hierzu ist auszuwerten,  
18 wie stark das Mitgliedervorteilsangebot „Dein Plus“  
19 genutzt wird.

20 Da Mitglieder immer wieder nach möglichen  
21 Unterstützungen z.B. Steuer- und Mietrecht fragen,  
22 wird der Hauptvorstand zudem beauftragt, eine  
23 mögliche Leistungserweiterung vor allem in diesen  
24 Servicefeldern zu eruieren. Hierzu ist ein  
25 Erfahrungsaustausch mit den anderen  
26 Gewerkschaften ein mögliches Mittel. Eine weitere  
27 Möglichkeit könnte eine unverbindliche  
28 Erprobungsphase im Rahmen eines begrenzten  
29 Pilotprojekts sein.

30 Kommen Beirat und Hauptvorstand zu dem positiven  
31 Ergebnis, dass eine Erweiterung der NGG-  
32 Satzungsleistungen sinnvoll ist, so sollte eine  
33 entsprechende Satzungsänderung auf dem 19.  
34 ordentlichen Gewerkschaftstag eingebracht werden.

**Begründung:**

36 Innerhalb des DGBs sollte eine Übersicht über die Sat-  
37 zungsleistungen und die Leistungen die darüber hin-  
38 aus gehen geben. Ob es hierzu einen Antrag auf den  
39 nächsten Bundeskongress geben muss, oder ob ein  
40 Antrag an den Bundesausschuss oder an den Bun-  
41 desvorstand ergehen muss entscheidet der Hauptvor-  
42 stand. Vielleicht gibt es auch einen entsprechenden  
43 Abgleich, da der §2 der DGB Satzung klare Regeln  
44 hat.

45 Wenn der Abgleich der Einzelgewerkschaften vorliegt,  
46 stimmt der Hauptvorstand die nächsten Schritte ab.  
47 Sollte es auf der DGB Ebene keine Differenzen geben,  
48 so ist dennoch eine Leistungserweiterung und Über-  
49 prüfung von mein NGG Plus notwendig.

50 Dieser Antrag hat das ausdrückliche Ziel den DGB  
51 und seine acht Einzelgewerkschaften unter dem Dach  
52 des DGBs zu stärken.

53 Nach der positiven Beschlusslage auf dem Gewerk-  
54 schaftstag sollten zunächst die bisherigen Leistungen  
55 geprüft und gegebenenfalls verbessert und angepasst  
56 werden. Selbstverständlich ist hierbei der Kosten-Nut-  
57 zen zu prüfen.

58 Die Einzelgewerkschaften differenzieren in ihren Leis-  
59 tungskatalogen in den Satzungen. Bsp.-Vergleich  
60 Streikgelder IGM zu NGG. Die IGM hat 3 Staffeln und  
61 behandelt Auszubildende gesondert, während NGG  
62 zwei Stufen der Streikgeldberechnung hat. Ob in der  
63 Beitragshöhe, oder im Bereich der Satzungsleistun-  
64 gen. Die IG Bau hat die Regelungen für den Übertritt  
65 auch auf den Europäischen Bereich geregelt, berech-  
66 net jedoch einen Beitrag auf volle 0,1 Euro aufgerun-  
67 det, 1,15 Prozent dieses Monateinkommens. Die Re-  
68 gelung zu Notlagen ist in anderen Satzungen konkre-  
69 ter gefasst.

70 Mögliche neue Satzungsleistungen nach eindringli-  
71 cher Prüfung könnte der Rechtsschutz in Mietrechts-  
72 fragen sein. Vielleicht auch mit der einer Kopplung,  
73 des damit in direkter Verbindung stehenden Arbeits-  
74 verhältnisses. Z.B. bei einer Kündigung des Vermie-  
75 ters wegen Eigennutzung und der geringen Chance  
76 entsprechend ähnlichen Wohnraum wieder zu be-  
77 kommen.

78 In einer ersten Testphase soll zweiwöchentlich ein fes-  
79 tes Beratungsfenster als Mietrechthotline eingerichtet  
80 werden. Nach 3 Monaten soll das Projekt evaluiert  
81 werden und nach Bedarf soll die Frequenz erhöht wer-  
82 den.

83 Sollte sich der Bedarf abzeichnen ist darauf hinzuwir-  
84 ken, dass die anderen DGB Gewerkschaften auf  
85 Grundlage unserer Datenlage und eigener Überprü-  
86 fung ebenfalls diese Leistung in ihrer Mitgliedschaft  
87 „testhalber“ einführen.

88 Dieser Antrag ist bewusst zunächst als Arbeits-auftrag  
89 an den Hauptvorstand bzw. an den DGB Bundesvor-  
90 stand gerichtet, da mögliche Satzungsänderungen  
91 sich erst nach einem Prüfprozess also spätestens  
92 beim nächsten Gewerkschaftstag ergeben könnten.

93 Unsere NGG muss mit der Zeit gehen, die Probleme  
94 unserer Kolleg\*innen verändern sich und unser Leis-  
95 tungsspektrum muss das widerspiegeln.

96 Unsere Satzungsleistungen für unsere Mitglieder sind  
97 gut und kommen gut an, jedoch haben sich in den  
98 vergangenen Jahren die Problemfelder unserer Mit-  
99 glieder verlagert.

100 Wo Früher sich unsere Mitglieder ohne Sorgen eine  
101 normale Mietwohnung leisten konnten, betragen die  
102 Mietkosten häufig einen überproportionalen Teil des  
103 Einkommens unserer Mitglieder. Dazu kommt eine  
104 strukturell schwache Verhandlungsposition, da ein  
105 großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum herrscht.  
106 Ebenfalls führt die starke Akkumulation von Wohn-  
107 raum in die Hände von einigen wenigen sehr großen

108 Immobilienfirmen zu einer Verlagerung der Preisge-  
109 staltung hin zu einem reinen Profitinteresse im Sinne  
110 der Großaktionäre.

111 Das ist ein Problem bei dem wir unserem Mitglied  
112 keine Abhilfe schaffen können.

113 Hier wollen wir ansetzen und unseren Mitgliedern ein  
114 Angebot machen. Viele wissen nicht welche Rechte  
115 Mieter\*innen eigentlich haben und was getan werden  
116 könnte.

117 Oftmals akzeptieren Mieter\*innen exorbitante Mieter-  
118 höhungen, Eigenbedarfskündigungen und mangelnde  
119 Instandhaltung der Wohnungen. Viele haben schlicht-  
120 weg keine Kenntnis von möglichen rechtlichen Schrit-  
121 ten und der Gang zu einem privaten Mietrechtanwalt  
122 wird häufig nicht in Betracht gezogen.

123 Eine kostenlose Erstberatung im Mietrecht ist ein nie-  
124 derschwelliges Angebot von dem viele unserer Mitglie-  
125 der profitieren werden und wir unseren Mitgliedern  
126 konkret in ihrer Problemlagen helfen können.

127 Zwar wäre ein vollumfänglicher Mietrechtsschutz  
128 wünschenswert, allerdings wird dieser kaum finanzier-  
129 bar sein, eine kostenlose Erstberatung kann durch ein  
130 Engagement einer Mietrechtsjurist\*in für die Bera-  
131 tungstätigkeiten in einem finanziell überschaubaren  
132 Rahmen realisiert werden.

133 Mit einer möglichen Leistungserweiterung dürfen wir  
134 nicht nur an uns denken, sondern dürfen auch nicht  
135 unseren Dachverband dabei verlieren. Wir wollen  
136 langfristig einen guten und interessanten Leistungskata-  
137 log, der für alle Mitglieder des DGBs gleich ist.

138 Leider gibt es mittlerweile unterschiedliche Leistungen  
139 und Regelungen in den Satzungen der Einzelgewerk-  
140 schaften, so dass es ebenso wichtig ist im Rahmen  
141 des Bundesvorstandes die Prüfung einer Leistungsan-  
142 gleichung und Erweiterung zu diskutieren.  
143

**E2 Tarifpolitische Empfehlungen als Paket**

<b>Annahme</b>
----------------

**Antragsteller:** Landesbezirksvorstand NRW

1 Die Landesbezirkskonferenz möge diesen Antrag  
2 beschließen und an den 18. Gewerkschaftstag der  
3 NGG weiterreichen.

4 Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit der jährlich  
5 beschlossenen tarifpolitischen Empfehlung ein  
6 Gesamtpaket unter einem einheitlichen Slogan mit  
7 Gestaltungsvorlagen, Logo, Flugblatt-Vorlagen und  
8 Musterpräsentationen den Landesbezirken und den  
9 Regionen zur Verfügung zu stellen.

10 Ziel ist es, das tarifpolitische Profil unserer NGG  
11 bundesweit zu schärfen und gleichzeitig die Regionen  
12 zu unterstützen.

13 **Begründung:**

14 Wie erstmalig bei der tarifpolitischen Empfehlung des  
15 Hauptvorstandes für das Jahr 2023 geschehen, soll  
16 auch für die kommenden Jahre jeweils ein neues Ge-  
17 samtpaket mit einheitlichem Layout und Bezug auf die  
18 jeweiligen aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaft-  
19 lichen Herausforderungen gestaltet werden.

20 Dieses Gesamtpaket vereinfacht die Arbeit in den Lan-  
21 desbezirken und den Regionen um ein Vielfaches und  
22 ermöglicht somit mehr Spielraum für die politisch stra-  
23 tegische Vorbereitung und Durchführung der Tarifrunden.  
24

25 Zudem gewährleistet das Gesamtpaket ein einheitli-  
26 ches Layout und fördert somit den Wiedererken-  
27 nungswert und damit auch die Durchsetzungsfähig-  
28 keit unserer Kolleg\*innen in ihren Tarifrunden.

29 Die gute Arbeit für das Jahr 2023 soll somit auch in  
30 Zukunft weitergeführt werden.  
31



E3 **Sozialwahlen in den Fokus!  
Für die Mitbestimmungssprache in  
unseren den  
Sozialversicherungen**

Annahme mit Änderung

**Antragsteller:** Mitgliederversammlung  
Region Düsseldorf-Wuppertal

1 Die Landesbezirkskonferenz möge diesen Antrag  
2 beschließen und an den 18. Gewerkschaftstag der  
3 NGG weiterreichen.

4 Die Sozialwahlen sind die drittgrößte Wahl in  
5 Deutschland. Rund 52 Millionen Versicherte und  
6 Rentner\*innen entscheiden bei der Sozialwahl  
7 darüber, wer sie in der Rentenversicherung und bei  
8 den Krankenkassen in den Sozialparlamenten vertritt.  
9 Sie findet alle 6 Jahre statt und ist seit 70 Jahren fester  
10 Bestandteil unserer Demokratie. Dieses Jahr finden  
11 von April bis Ende Mai die Sozialwahlen statt. Leider  
12 herrscht bei den Wähler\*innen oft Unkenntnis über  
13 diese Wahlen, sodass sie sich der Bedeutung der  
14 Wahl nicht bewusst sind. Diese wichtigen Wahlen  
15 geraten auch bei uns sehr oft in den Hintergrund und  
16 wir verpassen die Chance, unsere Mitspracherecht  
17 Mitbestimmung auszubauen.

18 Wir fordern die Hauptverwaltung unserer NGG daher  
19 auf, zukünftig zeitnah vor den Sozialwahlen  
20 Informationsmaterial zu erstellen und  
21 Informationsveranstaltungen für interessierte  
22 Mitglieder durchzuführen.

23 Diese Veranstaltungen sollen Ausgangspunkt für eine  
24 Vernetzung unserer interessierten Mitglieder sein. Die  
25 Hauptverwaltung soll diese Vernetzung organisieren  
26 und unterstützen.

27 Zudem fordern wir die Hauptverwaltung auf, sich für  
28 das Thema innerhalb des Deutschen  
29 Gewerkschaftsbundes einzusetzen. Wir wollen bereits  
30 in der aktuellen laufenden AmtszeitWahlperiode eine  
31 Vernetzung unserer in den Sozialwahlen aktiven  
32 Mitglieder schaffen, die auch die Mitglieder der  
33 anderen Schwestergewerkschaften mit einbezieht.

34 **Begründung:**

35 Die Sozialwahlen finden alle sechs Jahre bei den Trä-  
36 gern der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfall-  
37 versicherungen statt.

38 Die Sozialwahlen garantieren einen direkten Einfluss  
39 der Beitragszahlenden auf ihre Versicherungen. Zwar  
40 gelten für die Versicherungen die gesetzlichen Rah-  
41 men, jedoch können innerhalb der Versicherungsor-  
42 gane wichtige Grundsätze festgelegt werden und das  
43 operative Geschäft kann beeinflusst werden. Dies ist  
44 eine Mitbestimmungsmöglichkeit, die wir nicht ver-  
45 schenken dürfen.

46 Die Einführung der Sozialversicherung ist eine wich-  
47 tige Errungenschaft der Arbeiter\*innenbewegung des

48 19ten Jahrhunderts. Bereits vor der legislativen Ein-  
49 führung der Sozialversicherung, die auf den Druck der  
50 Gewerkschaften und der Arbeiterparteien zurückzu-  
51 führen ist, gab es Vorläufer dieser Versicherung in der  
52 Arbeiter\*innenbewegung selbst. So zählten die „Soli-  
53 daritätskassen“ der Gesellen bereits zur Hochzeit der  
54 Zünfte als ein Ursprung des Er-wachsens von organi-  
55 sierten Beschäftigten.

56 Wir dürfen diese historische Errungenschaft nicht ver-  
57 schenken. Es sind unsere Versicherungen, in die wir  
58 einzahlen und von denen wir im Fall der Fälle abhän-  
59 gig sind. Nur durch eine aktive Wahrnehmung unserer  
60 Rechte können die Perspektiven und Interessen un-  
61 serer Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Versi-  
62 cherungen gestärkt und berücksichtigt werden.

63 Zentral organisierte Veranstaltungen und Informati-  
64 onsmaterial ermöglichen es den Regionen ihre Mit-  
65 glieder einfacher zu informieren und sie effektiver zur  
66 aktiven und passiven Teilnahme an den Wahlen auf-  
67 zurufen.

68 Eine zentrale Koordination auf DGB-Ebene für die Mit-  
69 glieder aller unserer Schwestergewerkschaften kann  
70 dabei eine zentrale Rolle spielen. Durch eine effektive  
71 Vernetzung können wir zum einen eine gezielte Schu-  
72 lung gewährleisten und zum anderen schaffen wir die  
73 Möglichkeit, in breiteren Kampagnen eigene Schwer-  
74 punkte zu setzen und Inhalte in die Sozialträger ein-  
75 zubringen.